

BERICHT DES GENERALDIREKTORS

Beilage

DIE LAGE DER ARBEITNEHMER
DER BESETZTEN ARABISCHEN GEBIETE

Internationale Arbeitskonferenz
91. Tagung 2003

ISBN 92-2-712884-0
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2003

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, daß das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Mißbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt: ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Diese Stelle versendet auch kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen.

Gedruckt im Internationalen Arbeitsamt, Genf, Schweiz

Vorwort

Dies ist das zweite Jahr in Folge, in dem ich eine hochrangige Mission zur Prüfung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete entsandt habe. Dies ist ein Spiegelbild der Bedeutung, die die IAO der Notwendigkeit einer Entschärfung des Konflikts in der Region beimißt, und eine Antwort auf die Anerkennung der Rolle der IAO und dessen, was sie leisten könnte, seitens der verschiedenen Parteien. Sowohl im Verwaltungsrat als auch auf der Konferenz ist ein großes Interesse an einer konstruktiven Rolle für die IAO inmitten einer angespannten und schwierigen Lage geäußert worden. Die Mission hat sich bemüht, eine objektive Einschätzung der Lage zu vermitteln und einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag zur Erleichterung der Lage der palästinensischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu leisten.

Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten haben zweifelsfrei gezeigt, daß der israelisch-palästinensische Konflikt die Ursache der allgemeineren Instabilität der Region ist. Es ist daher unbedingt erforderlich, die Schlußfolgerungen der IAA-Mission und ihre Empfehlungen für die Zukunft im Rahmen eines Beitrags zur Einleitung eines sinnvollen Dialogs zu sehen mit dem Ziel, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtbedingungen in der Region zu verbessern.

Der Bericht der Mission liefert eine detaillierte und, wie ich hoffe, ausgewogene Analyse der Lage. Daraus ergibt sich ein Bild zweier Völker, die in einem katastrophalen Konflikt gefangen sind. In den besetzten arabischen Gebieten im allgemeinen und im Westjordanland und in Gaza im besonderen hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage der palästinensischen Arbeitnehmer und ihrer Familien verschlimmert. Ihre Lage wäre sogar noch dramatischer gewesen, wenn die arabische Welt und die internationale Gemeinschaft nicht außergewöhnliche humanitäre und Entwicklungshilfe geleistet hätte. Leider führt all dies zu der gleichen Schlußfolgerung wie im letzten Jahr: daß die derzeitige Lage unhaltbar ist und nicht andauern darf. Die tragischen Szenen im Westjordanland und in Gaza, deren Zeuge wir oft gewesen sind, unterstreichen die Stichhaltigkeit einer solchen Schlußfolgerung. Die Tragödie und die dadurch hervorgerufene Unsicherheit ist auf den Straßen von Jerusalem und Tel Aviv und darüber hinaus spürbar. Die negativen Auswirkungen der palästinensischen Krise auf die israelische Volkswirtschaft kommen gemäß der Bank von Israel in ihrer bisher längsten Rezession zum Ausdruck.

Trotz der schrecklichen Lage hoffen viele auf ein Licht am Ende des Tunnels und sehen Anzeichen einer Bewegung zu einem Durchbruch in dem derzeitigen Konflikt. Zunächst ist eine leichte Verbesserung in der palästinensischen Wirtschaftsleistung zu verzeichnen, die auf eine Verbindung mehrerer Faktoren zurückzuführen ist: die gute Ernte im letzten Jahr, die Flexibilität der palästinensischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber und den internationalen Hilfestrom. Tatsache ist aber nach wie vor, daß sich die Situation auf niedrigem Niveau stabilisiert. „Wir leben in einer Katastrophe, aber wir leben noch“ sind die Worte, mit denen ein prominenter Menschenrechtsbefürworter in Jerusalem die Lage zusammenfaßte. Die israelischen Arbeitgeber erklärten der Mission gegenüber, daß „die Friedensdividende ungeheuer sein würde“. All dies ist Ausdruck des Wunsches, dem seit zweieinhalb Jahren andauernden Teufelskreis aus Gewalt und Gegengewalt ein Ende zu bereiten. Der vom Quartett vorgeschlagene Fahrplan stellt ein Chancenfenster dar. Er liefert eine wirtschaftliche und politische Agenda sowohl für die betroffenen Parteien als auch für das multilaterale System als ganzes. Er verdient eine Chance, und es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um zu verhindern, daß die Gegner eines ehrenhaften Friedens ihr Ziel erreichen.

Im Rahmen dieser Perspektive hat die IAO nichts unversucht gelassen, um das verstärkte Programm der technischen Zusammenarbeit zu verwirklichen, das ich letztes Jahr ungeachtet der schwierigen Lage in den besetzten Gebieten vorgeschlagen habe. Dieses Programm, das in enger Zusammenarbeit mit unseren dreigliedrigen Mitgliedsgruppen entwickelt wurde, umfaßte eine Reihe von Projekten für den Kapazitätsaufbau der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Arbeitsministeriums; die Einrichtung eines Palästinensischen Beschäftigungs- und Sozialschutzfonds (der Fonds); und die Förderung des sozialen Dialogs als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden.

Ich freue mich, berichten zu können, daß dieses Programm weitgehend umgesetzt worden ist. Beim Verband der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern ist eine kleine Förderungs-, Ausbildungs- und Dienstleistungsabteilung für Kleinbetriebe eingerichtet worden; beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) ist ein Arbeiterbildungsprojekt eingerichtet worden; und drei Projekte beim Arbeitsministerium erstreckten sich auf Kapazitätsaufbau, ein Arbeitsmarktinformationssystem und die Ausbildung für bessere Qualifikationen. Mittlerweile ist ein Dekret zur Einrichtung des Fonds erlassen worden und in Jerusalem ist ein Treffen geplant (Mai 2003), um das Konzept des Fonds den in Frage kommenden Akteuren, insbesondere Vertretern der Geberländer und Institutionen, im Vorfeld der Gebertagung, auf der das Investitionskapital aufgebracht werden soll, vorzustellen. Es werden besondere Anstrengungen unternommen werden, um regionale Geber und Entwicklungsfonds zu beteiligen.

Auch in diesem Jahr hat die Mission die unmittelbaren und vorrangigen Bedürfnisse der Sozialpartner in den besetzten Gebieten berücksichtigt und dies in neue Bereiche für technische Hilfe umgesetzt. Vier Hauptschwerpunkte können herausgestellt werden:

- Unterstützung der Palästinensischen Behörde bei der Verwirklichung ihrer Reformagenda und der Schaffung der Eigenstaatlichkeit;
- Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, um ihnen den Übergang von ihrer derzeitigen Situation zu voll funktionsfähigen Institutionen innerhalb eines demokratischen Staates zu ermöglichen;
- technische Unterstützung für die Einrichtung und Verwaltung des Palästinensischen Beschäftigungs- und Sozialschutzfonds; und
- Unterstützung bei der Einrichtung eines dringend erforderlichen Sozialschutzsystems.

Die IAO wird zwar alles tun, um diese Ziele zu erreichen, dennoch wird die Gebergemeinschaft bei der Durchführung dieser Aufgaben behilflich sein müssen.

Die IAO hat auch positiv auf den Wunsch reagiert, daß sie eine Plattform für einen konstruktiven Dialog über Arbeitsfragen zwischen Palästinensern und Israelis bieten möge. Ich weiß das in die IAO gesetzte Vertrauen in Erfüllung unseres historischen Mandats als Arena für einen sozialen Dialog zu schätzen. Der Generalsekretär des PGFTU faßte es wie folgt zusammen: „Die IAO ist das Haus des Dialogs; sie ist unser Parlament.“ Ein noch so bescheidener Erfolg bei diesen Bemühungen ist unser Beitrag zur Entspannung in der Region.

Letztlich ist der Erfolg der IAO-Programme bei unseren Mitgliedsgruppen von positiven politischen Entwicklungen und kollektiver Zusammenarbeit abhängig. Wir werden stets bereit sein, einen dem Frieden dienenden Dialog zu unterstützen. Wir alle müssen Hoffnung hegen und uns nach vorne bewegen.

Mai 2003

Juan Samovia
Generaldirektor

Inhalt

Vorwort	iii
Inhalt	v
Einleitung	1
I. Weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Jahr 2002 und Stabilisierung auf niedrigem Niveau Anfang 2003.....	2
II. Der Aufbau von Arbeitsmarktinstitutionen.....	18
III. Entwicklungshilfe in den besetzten Gebieten	25
Schlußfolgerungen	30
Quellennachweis	31
Anhänge	
I. Verzeichnis der Gesprächspartner	33
II. Mechanismen der Geberkoordination im Westjordanland und Gazastreifen	39

Einleitung

1. Entsprechend der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut Missionen nach Israel, in die besetzten arabischen Gebiete und in die Arabische Republik Syrien, um eine möglichst umfassende Evaluierung der Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer der Gebiete (Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem, Gazastreifen und Golan) vorzunehmen¹.
2. Der Generaldirektor betraute Friedrich Buttler, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Catherine Comtet, Kanzlerin des Verwaltungsgerichts der IAO, Giovanni di Cola, Mitarbeiter der Hauptabteilung Entwicklungszusammenarbeit, und Philippe Egger, Wirtschaftswissenschaftler des Büros für Programmausarbeitung und -überwachung, mit der vom 24. April bis 3. Mai 2003 nach Israel und in die palästinensischen Gebiete im Westjordanland, in Gaza und im Golan entsandten Mission. Khaled Doudine, Vertreter der IAO im Westjordanland und in Gaza, leistete umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die Mission, der er selbst als Mitglied angehörte.
3. Neben der Stärkung der technischen Kapazität der Mission verlieh der Generaldirektor ihr wie im letzten Jahr einen höheren Status, um so die erforderlichen Kontakte mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern und Meinungsführern in Israel und den besetzten Gebieten zu ermöglichen. Außerdem bat er Don Skerret, Exekutivdirektor für technische Zusammenarbeit und die Regionen, und Samir Radwan, Berater des Generaldirektors für Fragen der Entwicklungspolitik und für arabische Länder, der Region einen Besuch abzustatten. Herr Skerret schloß sich vom 29. April bis 2. Mai der Mission in die besetzten Gebiete an, Herr Radwan vom 24. April bis 3. Mai.
4. Taleb Rifai, Regionaldirektor für die arabischen Staaten, und Lee Swepston, Leiter der Abteilung Gleichheit und Beschäftigung, wurden vom 2. bis 5. Mai in die Arabische Republik Syrien und nach Ägypten entsandt. Samir Radwan schloß sich dieser Mission in Kairo an.
5. Der Bericht beruht auf Informationen, die die genannten Missionen vor Ort einholten, sowie auf den ihnen von ihren Gesprächspartnern vorgelegten Unterlagen und anderen schriftlichen Informationen, die öffentlich zugänglich sind. Die Lage der arabischen Arbeitnehmer der besetzten Gebiete wurde von der Mission einer unparteiischen und objektiven Überprüfung unterzogen. Der Generaldirektor ist allen Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, daß seine Vertreter trotz der schwierigen Umstände, unter denen die diesjährige Mission nach Israel und in die

¹ In früheren Berichten ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert hat: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, daß der Golan, auf dem die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung.“ Dieser Einstellung wird von der Regierung der Arabischen Republik Syrien und den Einwohnern des Golan widersprochen, die der Auffassung sind, daß der Golan ein besetztes Gebiet der Arabischen Republik Syrien ist.

besetzten Gebiete stattfand, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis, einschließlich der Vertreter des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und der Weltbank, bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht gründet, zählen konnten. Er dankt außerdem den syrischen und ägyptischen Behörden für die umfassende Unterstützung seiner Vertreter. Der Internationale Bund arabischer Gewerkschaften (ICATU) in Damaskus und die Liga der arabischen Staaten in Ägypten waren äußerst kooperativ. Der Generaldirektor betrachtet diese Zusammenarbeit als Zeichen des ungebrochenen Vertrauens, das alle Parteien in die IAO und ihre Bemühungen setzen, einen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gebiete zu leisten, die eine wesentliche Voraussetzung für eine zufriedenstellende Beilegung des derzeitigen Konflikts ist.

6. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, und zwar während der Mission wie bei Ausarbeitung dieses Berichts, ließen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des Völkerrechts leiten, so insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und dem Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten), die ebenfalls von Israel unterzeichnet wurden. Insbesondere ließen sich die Vertreter des Generaldirektors im Hinblick auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete und die Frage der Rechte bei der Arbeit in den Gebieten wie in Israel von den Grundsätzen und Zielen leiten, die in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, und den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Normen und Entschlüssen niedergelegt sind, sowie von den Grundsätzen der Aufsichtsorgane der IAO. Der Bericht beruht ferner auf einschlägigen, in den Zuständigkeitsbereich der Internationalen Arbeitsorganisation fallenden Gesetze und auf Informationen, die über die aktuelle Praxis in bezug auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete im Bereich der Beschäftigung, der Arbeitsbedingungen und der Sozialleistungen sowie der Rechte bei der Arbeit eingeholt wurden.
7. Im Verlauf der Mission hatten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Begegnungen mit Gesprächspartnern auf israelischer und palästinensischer Seite; trotz strenger Sicherheitsmaßnahmen unternahmten sie innerhalb Israels und in den besetzten arabischen Gebieten des Westjordanlands (einschließlich Ost-Jerusalems), im Gazastreifen und im Golan zahlreiche Fahrten, um mit ihren Gesprächspartnern zusammenzutreffen ².

I. Weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Jahr 2002 und Stabilisierung auf niedrigem Niveau Anfang 2003

Ein Wendepunkt?

8. Die jüngsten Entwicklungen in der Region seit Anfang 2003 und insbesondere die Vorlage des Fahrplans (beschrieben in Abschnitt II) geben Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Es gibt begründete Hoffnung, daß diese neue Initiative eine grundlegende Veränderung der seit September 2000 herrschenden unhaltbaren Situation bewirken werden.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner der Mission ist diesem Bericht beigelegt (Anhang I).

9. In seinem Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz 2002 über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete mußte der Generaldirektor feststellen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage in den Gebieten täglich verschlechtere und daß gleichzeitig Armut und Arbeitslosigkeit zunähmen, was sich zu einer bisher beispiellosen humanitären Krise entwickele. Art und Ausmaß der Gewalt auf beiden Seiten hatten das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit verstärkt, und es stand außer Frage, daß eine Krisensituation erreicht worden war. Die Gewalt verhinderte jedoch die Verhandlungen und den Dialog, die möglicherweise zur Wiederherstellung einer normaleren Situation geführt hätten, und hatten zwangsläufig zur Folge, daß die Verhältnisse noch schlechter wurden. Im Juni 2002 bezeichnete das Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahostfriedensprozeß (UNSCO) die Lage im Hinblick auf die große Armut als „entsetzlich“ (UNSCO, 2003).
10. Für den Zeitraum Juni 2002 bis Mai 2003 waren eine Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise in den besetzten Gebieten und ihre mögliche Stabilisierung auf sehr niedrigem Niveau bezeichnend. Die drastischen Beschränkungen des Personen- und Warenverkehrs innerhalb der besetzten Gebiete sowie zwischen diesen und Israel hatten einen dramatischen Rückgang des Konsums, der Einkommen und der Beschäftigung und eine nie zuvor verzeichnete Schrumpfung der Wirtschaftsaktivität, einschließlich der Produktion, des Handels und der Investitionen, zur Folge. Schätzungen zufolge lebten im Jahr 2002 rund 60 Prozent der Bevölkerung in den besetzten Gebieten (oder 1,94 Millionen Menschen) mit einem Einkommen von weniger als 2,15 US-Dollar am Tag.
11. Durch massive Unterstützung der Gebergemeinschaft, die für 2002 auf 1,1 Milliarde US-Dollar geschätzt wird, konnten die schlimmsten Auswirkungen der sich entwickelnden humanitären Krise verhindert werden. Die Abhängigkeit von geberfinanzierten kurzfristigen Beschäftigungsprojekten und Nahrungsmittelhilfe ist jedoch keine langfristige Lösung.
12. Jüngste Beobachtungen und Daten weisen auf eine leichte Lockerung der Abriegelungen Anfang 2003 im Vergleich zu der nahezu vollständigen Abriegelung während der Operation Verteidigungsschild im März-April 2002 hin. Da auch die Zahl der an palästinensische Arbeitnehmer ausgegebenen Arbeitsgenehmigungen für eine Beschäftigung in Israel steigt und Israel wieder die Zahlung für die Palästinensische Behörde erhobener Steuern aufgenommen hat, kommen Kenner der Verhältnisse zu dem Schluß, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage im ersten Halbjahr 2003 etwas stabilisiert haben könnte, wenn auch auf einem wesentlich niedrigeren Niveau als vor dem Beginn der Intifada im September 2000.
13. Die hohen Kosten der Sicherheitsoperationen in den Gebieten und in Israel sowie die Folgen von Selbstmordangriffen für das Vertrauen der Verbraucher haben gemeinsam mit externen Faktoren die Wirtschaft Israels in die schlimmste Rezession aller Zeiten getrieben. 2002 wurde zum zweiten Mal in Folge ein negatives Wachstum erzielt, und das geringe Produktionswachstum hatte eine noch höhere Arbeitslosigkeit und ein weiter wachsendes Haushaltsdefizit zur Folge. Da Israel der wichtigste Handelspartner der besetzten Gebiete ist, sank natürlich auch die Nachfrage nach palästinensischen Ausfuhrerzeugnissen.

Abriegelungen und Unsicherheit

14. Das beherrschende Merkmal des täglichen Lebens in den besetzten Gebieten sind nach wie vor die Abriegelungen, die durch ein dichtes Netz von rund 160 Kontrollstellen der israelischen Streitkräfte erfolgen. Durch diese Absperrungen ist der Gazastreifen in drei getrennte Gebiete und das Westjordanland in sieben Gebiete geteilt worden, wobei die Teilungslinien in etwa den Bezirksgrenzen folgen. Der physischen Trennung folgt im

allgemeinen die verwaltungstechnische Aufsplitterung, da die israelischen Streitkräfte über Fragen der Verwaltung und der lebensnotwendigen Dienste nur mit den jeweiligen Lokalbehörden verhandeln.

15. Der Personen- und Warenverkehr in den einzelnen Gebieten ist erleichtert worden, seit sich die israelischen Streitkräfte in der zweiten Hälfte 2002 in die Randbezirke der größeren Städte zurückgezogen haben. Der Verkehr zwischen einzelnen Gebieten ist aber nach wie vor schwierig und unterliegt starken Schwankungen und Unsicherheiten. Aus vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und vom Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) erhobenen Daten geht hervor, daß die Zahl der Palästinenser im Westjordanland, die einer völligen oder teilweisen Ausgangssperre unterworfen waren, von rund 850.000 in der ersten Hälfte Juli 2002 auf durchschnittlich 400.000 im Zeitraum November 2002 bis Mitte Februar 2003 und 150.000 im April 2003 zurückgegangen war (OCHA, 2003 b). Nach Angaben des Koordinators des israelischen Verteidigungsministeriums für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) waren bis Anfang 2003 in den meisten Städten die Ausgangssperren während des Tages aufgehoben worden (COGAT, Mai 2003).
16. Die unmittelbaren Folgen solcher Abriegelungen sind längere Fahrzeiten und erhöhte Kosten, überwiegend bedingt durch die langen Wartezeiten an den Kontrollstellen. Die Weltbank hat einen beträchtlichen Anstieg dieser Kosten im Juni 2001, verglichen mit dem gleichen Monat im Vorjahr ermittelt. Firmen meldeten eine Zunahme der Entfernungen um 102 Prozent, der Fahrzeiten um 208 Prozent und der Fahrtkosten um 82 Prozent. Haushalte im Westjordanland gaben an, daß sich die Fahrzeiten zu Arbeitsplätzen und Märkten um 25 bis 130 Prozent verlängert hätten (Weltbank, 2002). Ein weiterer zuverlässiger Indikator ist der Verbraucherpreisindex (CPI), nach dem der Zuwachs der Transport- und Kommunikationskosten von Januar 2001 bis März 2003 verglichen mit dem Anstieg des CPI für alle Hauptausgabenkategorien um das 2,6fache angestiegen war (22,2 Prozent gegenüber 8,5 Prozent) (Palästinensisches Statistisches Zentralamt, 2003 b). Ein derart drastischer Anstieg der Transportkosten ist unmittelbar auf die Abriegelungen in den gesamten besetzten Gebieten zurückzuführen. Der Anstieg der Transportkosten und die damit verbundenen Härten wurden der IAA-Mission von mehreren Gesprächspartnern bestätigt.
17. Neben den durch die Abriegelungen bedingten Verlusten an Einkommen und Beschäftigung hob der Palästinensische Allgemeine Gewerkschaftsbund in Nablus und Gaza gegenüber der IAA-Mission vor allem das durch die militärische Besetzung verursachte Gefühl der Unsicherheit bei den palästinensischen Arbeitnehmern hervor. Arbeitnehmer und ihre Familien leben in ständiger Furcht vor den möglichen körperlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Besetzung. Gewalt ist alltäglich und allgegenwärtig und bedeutet eine gewaltige psychologische Belastung.

Externe Abriegelungen

18. Der freie Verkehr palästinensischer Personen und Waren aus den Gazastreifen und dem Westjordanland nach oder durch Israel ist zwar weiterhin stark eingeschränkt, zwei Indikatoren deuten jedoch auf eine leichte Lockerung der Einschränkungen Ende 2002 und Anfang 2003 hin. Nach Informationen des COGAT erhöhte sich die Zahl der palästinensischen Arbeitnehmern erteilten Arbeitsgenehmigungen im vierten Quartal 2002 auf 31.018 (19.798 im Gazastreifen, einschließlich der Genehmigungen für eine Tätigkeit in den Industriezonen, und 11.220 im Westjordanland), nachdem sie im zweiten Quartal 2002 mit 7.531 einen Tiefstand erreicht hatte (COGAT, 2003). Nach Informationen des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA)

waren bis März 2003 31.032 Arbeitsgenehmigungen erteilt worden. Diese Genehmigungen unterliegen strengen Voraussetzungen in bezug auf das Alter und den Familienstand (OCHA 2003 a, Aktuelle Daten, 15. März bis 3. April 2003). Palästinensische männliche Arbeitnehmer, die sich um eine Tätigkeit in Israel bewerben, müssen verheiratet und mindestens 35 Jahre alt sein. Für Arbeitnehmer in Industriezonen gilt ein niedrigeres Mindestalter von 25 Jahren. Auch Händler und Geschäftsleute erhielten Ende 2002 und Anfang 2003 mehr Genehmigungen. Aus Daten, die der COGAT über den Warenverkehr aus Gaza und dem Westjordanland nach Israel erhoben hat, geht hervor, daß dieser wieder den Stand vom letzten Quartal 2001 erreicht hat (COGAT, 2003).

19. Nach wie vor jedoch kommt es zu längeren vollständigen Abriegelungen, wie z.B. vom 16. bis 24. April 2003 im Gazastreifen im Zusammenhang mit dem jüdischen Osterfest. Die Folgen, die sich für Arbeitnehmer und ihre Angehörigen ergeben, wenn der Zugang zu den Arbeitsplätzen verweigert wird, sind tiefgreifend, um so mehr, wenn solche vollständigen Abriegelungen immer wieder vorgenommen werden (OCHA 2003 a, Aktuelle Daten, 2. April bis 2. Mai 2003).
20. Der Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) trug der IAA-Mission seine Besorgnisse über die nach seiner Ansicht wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von Israel vor, die die Folge einer höchst selektiven und ungleichen Behandlung palästinensischer Ausfuhren nach Israel im Vergleich zu israelischen Einfuhren in die Gebiete sei. Diese unfaire Wettbewerbssituation schädige die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder häufig in einem solchen Umfang, daß ihre Geschäftstätigkeiten zum völligen Stillstand kämen.

Die Trennmauer

21. Im Juni 2002 begann die Regierung Israels mit dem Bau einer Trennmauer entlang der westlichen Grenze des Westjordanlandes. Die Mission des IAA erörterte diese neue Entwicklung mit mehreren Gesprächspartnern in den besetzten Gebieten, die dabei ihrer Besorgnis über die zu erwartenden Auswirkungen einer solchen physischen Trennung Ausdruck gaben. Die Mission besuchte auch die Stadt Qalqiliya (mit etwa 32.000 Einwohnern), die jetzt von einem Zaun und einer acht Meter hohen Betonmauer umschlossen ist, und sprach mit dem Bürgermeister. Das Lokale Hilfskoordinierungskomitee (LACC) hat einen ausführlichen Bericht über die Trennmauer in Auftrag gegeben (LACC, 2003). An rund 150 km wird zur Zeit aktiv gearbeitet, wobei Anfang Mai 2000 nur kleine Teile von einigen Kilometern in den nordwestlichen Verwaltungsbezirken Jenin, Tulkarem, Qalqiliya und Salfit sowie in der Nähe von Bethlehem und Jerusalem fertiggestellt worden waren. Die Trennmauer weist unterschiedliche Bauelemente auf, darunter eine Betonwand, Wachtürme, Elektrozäune und breite Gräben mit Puffer- und Patrouillenzonen von unterschiedlicher Tiefe. Die wesentlichen Schlußfolgerungen des Berichts entsprechen den Beobachtungen der IAA-Mission:

- Die Trennmauer folgt nicht der Grünen Linie zwischen dem Westjordanland und Israel. An einigen Stellen verläuft sie mehr als sechs Kilometer innerhalb des Westjordanlandes. Infolge dessen werden rund 12.000 Palästinenser vom Rest der besetzten Gebiete getrennt werden. Bei der Ermittlung dieser Zahl ist vom gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten ausgegangen worden. Sie könnte sich deshalb je nach den späteren Baustadien und dem genauen Verlauf des Trennwalls noch beträchtlich erhöhen.
- Der bereits errichtete und noch im Bau befindliche Wall trennt Bauern und Städte von ihrem Land, von Wasserressourcen und Märkten und bewirkt somit einen weiteren Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung. Er sichert andererseits den Siedlungen Zugang zu ihrem Land, zu Wasser und zu Straßen nach Israel.

- Die Mauer wird auf palästinensischem Boden errichtet, der durch Militärverfügungen enteignet wurde. Die bisher beschlagnahmte Bodenfläche wird auf 11.500 Dunum (1.150 Hektar) geschätzt, auf denen 83.000 Obst- und Olivenbäume gefällt wurden. Pufferzonen mit einer Tiefe bis zu 150 Metern auf der Seite des Westjordanlandes bedeuten einen weiteren Verlust an wichtigen landwirtschaftlichen Flächen und Ressourcen.
- 22. Die schwierige Lage der von ihren Ressourcen durch einen physischen Wall getrennten Palästinenser wird in der Zeitschrift *Haaretz*, 2003, sowie in *The Economist*, 2003, weiter dokumentiert, wo von „Tod durch Ersticken“ die Rede ist.
- 23. Der Bürgermeister von Qalqiliya, mit dem die IAA-Mission zusammentraf, beklagte die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für seine einst blühende Stadt. Rund 600 Geschäfte und Betriebe seien bereits geschlossen worden, und viele, die dazu in der Lage seien, verließen die Stadt. Die übrigen lebten zunehmend von den Lebensmittelzuteilungen der Gebergemeinschaft. Welche Zukunft könne er der jüngeren Generation aufzeigen? Der Verlauf der Mauer lasse ihn vermuten, daß ihr wahrer Grund nicht die Sicherheit, sondern vielmehr Ressourcen seien, nämlich Land und Wasser, mit denen Qalqilya reich gesegnet sei.
- 24. Die Regierung Israels behauptet, der Trennwall sei eine vorübergehende Sicherheitsmaßnahme und erforderlich, um ihre Bürger gegen palästinensische Angriffe zu schützen. Der vorgenannte Bericht des LACC und die IAA-Mission mußten jedoch feststellen, daß die Trennmauer für die Beschäftigungs-, Sozial- und Lebensbedingungen der unmittelbarer betroffenen Palästinenser direkte und furchtbare Folgen hat, die durchaus permanenter Natur sein könnten.

Militärische Einfälle, Zerstörungen und Verluste an Menschenleben

- 25. Die ständigen militärischen Einfälle in den Gazastreifen und das Westjordanland haben, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen beklagt hat (Vereinte Nationen, 2003 b), wiederholte Demonstrationen einer „übermäßigen Anwendung von Gewalt“ und Tötungen ohne juristische Grundlage zur Folge.
- 26. Der Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat im März 2003 die von Israel und den israelischen Streitkräften unter Berufung auf die notwendige Gewährleistung von Sicherheit und Schutz getroffenen Maßnahmen in Frage gestellt (Vereinte Nationen, 2003 a). Die Anwendung militärischer Gewalt hat zahlreiche Menschenleben gekostet. Im Zeitraum 1. Januar 2001 bis 27. April 2003 wurden 1.729 Palästinenser, überwiegend unbewaffnete Zivilisten, getötet, darunter 275 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (15,9 Prozent). Im April 2003 befanden sich 5.272 Palästinenser aus sicherheitsrelevanten Gründen in israelischer Haft (B'Tselem, 2003).
- 27. Die Politik der Zerstörung von Häusern als Strafe für die Familien von Personen, die der Angriffe gegen israelische Bürger verdächtigt wurden, wurde mit der Zerstörung von 187 Häusern im Jahr 2002 und 89 im Jahr 2003 (Stand vom 29. April 2003) fortgesetzt (B'Tselem, 2003 b). Durch diese Zerstörungen wurden zahlreiche Arbeitnehmer und ihre Familien obdachlos. Die Vereinten Nationen sowie Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt solche Formen der nach der Vierten Genfer Konvention von 1949 verbotenen kollektiven Bestrafung verurteilt. Die als Bestrafung deklarierte Politik der Zerstörung von Häusern wird in Darcy (2003) ausführlich dokumentiert.

28. Die Vernichtung und Zerstörung von Wirtschaftsgütern in den besetzten Gebieten durch die israelischen Streitkräfte dauert an. Der Gouverneur von Gaza teilte der IAA-Mission mit, daß in den letzten Monaten mehr als 120 Betriebe aus Sicherheitsgründen abgerissen worden seien. Der FPCCIA übergab der IAA-Mission einen ausführlichen Bericht über die Auswirkungen der Besetzung auf Unternehmen des Privatsektors und die Wirtschaft. In dem Bericht werden 55 zerstörte Fabriken und eine Vielzahl schwer beschädigter, beschlagnahmter oder zerstörter Felder, Obst- und Olivenbäume, Brunnen, Gewächshäuser und Pflanzensetzlinge genannt (FPCCIA, 2002). Andere Quellen berichten über ähnliche ständige Praktiken der Vernichtung von Wirtschaftsgütern.

Die israelischen Siedlungen

29. Die Errichtung israelischer Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten war stets eine Hauptursache für die Streitigkeiten zwischen den Parteien. Mehrere Resolutionen der Vereinten Nationen, darunter auch Resolutionen des Sicherheitsrats, und der Mitchell-Bericht (Sharm-el-Sheikh-Ermittlungsausschuß 2001) haben die Einstellung des Baus von Siedlungen gefordert. Phase I des Fahrplans fordert ebenfalls, parallel zur Beendigung der Gewalt auf palästinensischer Seite, eine Einstellung der Siedlungstätigkeiten.
30. Die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik hat dramatische Wirtschafts- und Beschäftigungsfolgen für die von ihr betroffene palästinensische und arabische Bevölkerung. Die Politik wirkt sich insbesondere in zwei Bereichen aus: in der Beschlagnahme von Land und Wasserressourcen und in den Beziehungen zwischen Siedlern und der palästinensischen und arabischen Bevölkerung. Die Beschlagnahme von Land und anderen Infrastrukturressourcen für den Bau von Siedlungen und Umgehungsstraßen, die die Siedlungen miteinander sowie mit Israel verbinden, hat der Entwicklung dieses Landes und dieser Ressourcen geschadet und dadurch die Beschäftigung und den Lebensstandard der Lokalbevölkerung, deren Land beschlagnahmt wurde, ernsthaft beeinträchtigt. Palästinenser lehnen angebotene Entschädigungen für gewöhnlich ab, weil sie fürchten, daß dies als Verzicht auf ihre Rechte ausgelegt werden könnte.
31. Nach Schätzungen von B`Tselem befinden sich 41,9 Prozent der gesamten Landfläche des Westjordanlandes (ohne Niemandland und das Tote Meer) tatsächlich unter der Kontrolle der Siedlungen. Hierzu gehören bereits entwickelte Flächen, unentwickelte Kommunalflächen und Reserveflächen (B`Tselem, 2002, Tabelle 9).
32. Wie viele Siedlungen es in den besetzten Gebieten, einschließlich des Golan, gibt, ist strittig (Tabelle 1). Nach dem *Statistical Abstract of Israel* (Statistisches Zentralamt, 2002) hat sich die Zahl der Siedlungen von 1995 bis 2001 nur geringfügig erhöht. Das *Statistical Abstract of Palestine* (PCBS, 2002, Tabelle 3.1.3) verzeichnet für das Jahr 2000 222 Siedlungen im Westjordanland. Diese Zahl könnte auch einige Außenposten oder im Entstehen begriffene Siedlungen umfassen, die gewöhnlich nur aus einem oder wenigen Wohnwagen bestehen und von denen es nach einer Schätzung gegenwärtig 108 im Westjordanland gibt (*The Jerusalem Post*, 2003).
33. Die Siedlerbevölkerung in den besetzten Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalems und des Golan, wurde im Dezember 2001 auf 401.000 Personen geschätzt. Diese Bevölkerung wuchs von 1995 bis 2001 um durchschnittlich 4,8 Prozent im Jahr oder mehr als doppelt so schnell wie die israelische Gesamtbevölkerung (2,2 Prozent). Im Westjordanland wird mit durchschnittlich 7,7 Prozent ein besonders rasches demographisches Wachstum der Siedlerbevölkerung verzeichnet.

Tabelle 1. Zahl der Siedlungen und Bevölkerung

	1995		2001		Durchschnitt. jährliche Bevölkerungszunahme (in %)
	Zahl der Siedlungen	Bevölkerung (in 1000)	Zahl der Siedlungen	Bevölkerung (in 1000)	
Ost-Jerusalem	n.v.	155,0	n.v.	176,9	2,2
Gaza	16	5,0	16	7,0	5,8
Westjordanland	122	129,2	123	201,3	7,7
Golan	31	13,4	32	15,9	2,9
Insgesamt	169	302,6	171	401,1	4,8

n.v.: nicht verfügbar
 Quellen: Statistisches Zentralamt, 2002, Tabelle 2.7; B'Tselem, 2002.

- 34.** Die Aufrechterhaltung der Siedlungen bedeutet für die israelische Wirtschaft Kosten. Staatliche finanzielle Anreize für eine Ansiedlung in den besetzten Gebieten sind durchaus verlockend, umfassen sie doch beträchtliche Hilfszahlungen unterschiedlicher Art an siedlungswillige Familien und Gemeinderäte. In den Bereichen Wohnungsbau, Bildungswesen, Besteuerung, Unternehmens- und Infrastrukturentwicklung sowie Sozialleistungen werden individuelle und kollektive Anreize, Beihilfen und Leistungen geboten, die deutlich höher sind als für Bürger in Israel. Der Pro-Kopf-Finanztransfer an lokale Siedlungsbehörden im Westjordanland und im Golan lag während der gesamten neunziger Jahre um durchschnittlich 150 Prozent über dem entsprechenden Transfer an Lokalbehörden in Israel. Das Pro-Kopf-Einkommen der Siedler im Westjordanland ist 45 Prozent höher als in Israel (B'Tselem, 2002).
- 35.** Auch die Kosten für die Gewährleistung der Sicherheit der Siedlungen sind hoch. So bemerkte beispielsweise der Gouverneur von Gaza gegenüber der IAA-Mission, daß in Gaza eine Siedlung von sechs Familien ständig von mehr als 500 Soldaten der israelischen Streitkräfte beschützt werde.
- 36.** Wohl noch wichtiger als die Größe der Siedlungen ist ihr Standort, der sich gewöhnlich in unmittelbarer Nähe palästinensischer Städte, vor allem im Westjordanland, befindet und deshalb die Entwicklung dieser Städte behindert und die Zersplitterung der besetzten Gebiete verstärkt.
- 37.** Die Spannungen zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern sind groß, vor allem in Zeiten der Unruhen, wie beispielsweise im gesamten Verlauf des Jahres 2002. Nach Angaben des Außenministeriums der Vereinigten Staaten (2002) haben Siedler im Jahr 2002 in den besetzten Gebieten Palästinenser schikaniert, angegriffen und mindestens fünf von ihnen getötet. Nach dem gleichen Bericht haben sie auch Palästinensern schwere wirtschaftliche Schäden zugefügt, indem sie Treibhäuser und landwirtschaftliche Einrichtungen angriffen und beschädigten, Obstgärten vernichteten, Olivenbäume ausrissen und andere wertvolle Kulturen beschädigten. Wenn Siedler eines Verbrechens gegen Palästinenser angeklagt würden, komme es nur selten zu einer Verurteilung. Durch bewaffnete Angriffe von Palästinensern gegen Siedlungen seien andererseits 2002 rund 90 israelische Zivilisten ums Leben gekommen (B'Tselem 2003 a). Es ist zu hoffen, daß die Bestimmungen des Fahrplans in bezug auf die Siedlungen eine gute Ausgangsbasis darstellen und daß bei etwaigen künftigen Verhandlungen zwischen den Parteien die Ausarbeitung einer Lösung für dieses wichtige Problem im Vordergrund stehen wird.

Die Lage im Golan

38. Ihrem Auftrag entsprechend besuchten die Vertreter des Generaldirektors das besetzte Gebiet des Golan und trafen mit Angehörigen der arabischen Bevölkerung im Dorf Majdal-Shams zusammen. Eine zweite Mission besuchte die Arabische Republik Syrien und erhielt dort von der Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten einen umfassenden Bericht über die Lage im Golan, der auch Beiträge des Allgemeinen Syrischen Gewerkschaftsbunds, der Syrischen Industriekammer und des Gouverneurs von Quneitra enthielt.
39. Es sei daran erinnert, daß der Golan seit 1967 von Israel besetzt ist und 1981 einseitig von Israel annektiert wurde, was weder von den Vereinten Nationen³ noch von der eingeborenen arabischen Bevölkerung der Region, die sich stets als Syrer bezeichnet hat, anerkannt worden ist. Die Vertreter der Drusen im Golan begrüßten die Mission des IAA und betonten, daß sie dem anhaltenden Interesse der internationalen Gemeinschaft an ihrer Lage große Bedeutung beimäßen. Im wesentlichen hat sich diese Lage nicht geändert, da ihre Diskriminierung in bezug auf Landbesitz, Wasserressourcen, Landwirtschaft, Bildung, Beschäftigung und Baugenehmigungen andauert. Die Drusen halten an ihrer syrischen Identität fest und widersetzen sich deshalb nach wie vor dem Druck Israels, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die Mission wurde auch darüber unterrichtet, daß die etwa 2.000 Personen, die in Israel arbeiteten, infolge der dort herrschenden zunehmenden Unsicherheit Diskriminierungen in ihrer Beschäftigung ausgesetzt seien.
40. Der Golan ist eine landwirtschaftliche Region, und die dort lebenden rund 18.000⁴ Drusen ernähren sich überwiegend vom Äpfelanbau. Die Farmer haben nach wie vor Schwierigkeiten beim Zugang zu den Wasservorräten, die von dem israelischen Wasserunternehmen Mekorot kontrolliert werden. Im Gegensatz zu den jüdischen Siedlern, die so viel Wasser bekommen, wie sie benötigen, erhalten die Drusen-Farmer weniger, als sie zur Bewässerung anfordern, und manchmal überhaupt kein Wasser, und nach wie vor dürfen sie keine zusätzlichen Wasserreservoirs anlegen. Dies führt zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und einem entsprechenden Rückgang der Einkommen. Darüber hinaus werden Wasser, landwirtschaftliche Flächen und Erzeugnisse und der Transport mit hohen Steuern belegt. Das für Anbauzwecke und den Wohnungsbau zur Verfügung stehende Land wird weiterhin durch Beschlagnahmungen für militärische Zwecke oder für den Bau von Siedlungen reduziert. Da immer weniger Land für Weidezwecke zur Verfügung steht, müssen Viehzüchter häufig ihre Tätigkeit aufgeben und eine Beschäftigung in Israel oder in den Siedlungen suchen. Der Marktzugang war im letzten Jahr für lokale Erzeugnisse durch die Abriegelung im Westjordanland noch stärker beeinträchtigt, was wiederum noch niedrigere Einkommen und Preise zur Folge hatte. (Kasten 1)
41. In dem von der Ministerin der Arabischen Republik Syrien für Arbeits- und Sozialangelegenheiten vorgelegten konsolidierten Bericht wird besonders hervorgehoben, daß Arbeitnehmern im Golan das Recht auf Arbeit und das Recht auf eine Tätigkeit in einem ihren Qualifikationen entsprechenden Beruf verweigert würden. Für sie gebe es auch kein Recht auf Vereinigungsfreiheit, da nur israelische Bürger Gewerkschaften gründen und Gewerk-

³ Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 17. Dezember 1981 die Resolution 497 angenommen und darin Israel aufgefordert, seinen Annexionsbeschluß aufzuheben.

⁴ Nach dem *Statistical Abstract of Israel* (Statistisches Zentralamt, 2002) lebten am 31. Dezember 2001 im Golan 35.400 Menschen, davon 15 900 Juden (sowie nicht-arabische Christen und andere, nicht nach Religionszugehörigkeit klassifizierte Personen) und 19.500 Araber. Die syrischen Behörden nannten die folgenden Zahlen: 26.000 jüdische Siedler (in 44 Siedlungen) und 25.000 Araber.

Kasten 1. Im Golan

„Land und Äpfel sind alles, was für uns hier wirklich zählt. Beide sind von hervorragender Qualität, aber was nutzt uns das, wenn wir unsere Äpfel nicht verkaufen können? Die Einschränkungen unserer Bewegungsfreiheit bedeuten für uns drei Probleme: niedrigere Preise, wachsende Lagervorräte und die unfaire Konkurrenz der Äpfel aus den Kibbuzim.

Wir zahlen für den Kubikmeter Wasser 2 NIS, während die Kibbuzim nur 0,50 NIS zahlen. Wie können wir uns das leisten? Wir müssen unsere Erzeugnisse einlagern und warten, bis die Preise wieder steigen. Wir haben aber nur wenige Kühlhäuser und müssen eine Menge investieren, um weitere zu errichten.“

Für die Kibbuzim ist viel Land beschlagnahmt worden. In einem Fall wurde beim Obersten Israelischen Gerichtshof Berufung eingelegt. Nach mehr als 16jährigen Rechtsstreitigkeiten wurden die Rechte der arabischen Besitzer anerkannt. „Aber selbst nach dieser positiven Entscheidung des Obersten Gerichtshofes war es uns nicht möglich, unser Land zurückzuerhalten, das unser einziger Reichtum ist. Für uns bedeutet es unsere Identität.“

Die Araber des Golan, nach amtlichen Statistiken fast 18.000, können nicht ohne weiteres reisen, um mit ihren Familien in Syrien zusammenzutreffen. „Nur Studenten dürfen reisen, und auch sie werden aus Sicherheitsgründen gelegentlich angehalten und können dann nicht zurück, um ihre Universitätsstudien zu beenden.“ Mit Angehörigen zusammenzutreffen, ist eine humanitäre Angelegenheit und hat nichts mit Sicherheit zu tun. Ich habe Vettern und Verwandte, die starben, und ich konnte sie nicht sehen. „Die arabische Bevölkerung des Golan beklagen sich über die Art und Weise, wie sie von den Israelis behandelt wird, aber sie weiß es zu schätzen, wenn eine Vorschrift auf alle angewandt wird, wie beispielsweise bei den landesweiten Prüfungen, wenn man Arzt oder Rechtsanwalt werden will. „Das ist gerecht, denn jeder muß diese Prüfung ablegen. Für uns besteht jedoch das Problem darin, daß wir nach abgelegter Prüfung unseren Beruf woanders ausüben müssen, denn hier im Golan gibt es nur Arbeitsplätze in der Landwirtschaft.

„Im Bereich der Bildung ignoriert Israel die historischen und kulturellen Aspekte unserer syrischen Identität.“

schaften beitreten dürften. Deshalb könnten diese Arbeitnehmer auch nicht vergleichbare Löhne und Arbeitszeiten erhalten.

Ständiger Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens

42. Die Wirtschaft der besetzten Gebiete ist infolge der Abriegelungen und Beschränkungen, die einen Rückgang der Produktion und des Pro-Kopf-Einkommens verursacht haben, nachhaltig erschüttert worden (Tabelle 2). Das Absinken des realen Pro-Kopf-Bruttovolkseinkommens (BVE) ist ohne Beispiel. 2002 verzeichnete die Wirtschaft zum dritten Mal in Folge einen Rückgang. Pro Kopf der Bevölkerung belief sich dieser kumulative Rückgang des Einkommens 2002 auf eindrucksvolle 47,7 Prozent des Niveaus von 1999. Und dieser Rückgang scheint sich noch zu verschärfen, denn allein für 2002 wird er auf 26,4 Prozent geschätzt, was der bisher stärksten Veränderung in einem Jahr entspricht. Der tatsächliche Einkommensrückgang bei den ärmeren Gruppen der Bevölkerung muß sogar noch drastischer gewesen sein.
43. Die Ausfuhren und Anlageinvestitionen weisen ähnliche Tendenzen auf. Die Ausfuhren verringerten sich von 1999 bis 2002 um die Hälfte, während die Investitionstätigkeit mit einem Rückgang um 97 Prozent im gleichen Zeitraum praktisch zum Stillstand kamen.

Tabelle 2. Bruttovolkseinkommen (BVE) und Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den besetzten Gebieten, 1999-2002

	1999	2000	2001	2002	Durchschnitt. jährliche Veränderung in %
Reales BVE pro Kopf (in US\$)	1.818,0	1.682,0	1.292,0	951,0	-15,0
Index	100	92,5	71,1	52,3	
Reales BIP pro Kopf (in US\$)	1.509,0	1.429,0	1.150,0	857,0	-13,2
Index	100	94,7	72,6	56,8	
Realinvestitionen (in Mill. US\$)	2.403,3	1.723,2	398,1	62,9	
Index	100	71,7	16,6	2,6	
Ausfuhren (in Mill. US\$)	400,8	365,5	316,5	206,4	-15,3
Index	100	91,2	79,0	51,5	

Quellen: PCBS, 2002, Weltbank, 2003 a und 2003 b.

44. Innerhalb der Region gerät die Wirtschaft in den besetzten Gebieten zunehmend außer Tritt (Tabelle 3). Das Wachstum des BIP im Zeitraum 1990-2001 ist mit 1,8 Prozentpunkten unter dem Durchschnitt der Region bestenfalls enttäuschend. Alle Nachbarländer haben mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum des BIP um 4,9 Prozent weit bessere Resultate aufzuweisen. Natürlich läßt sich die in den Gebieten festzustellende schwache Wirtschaftsleistung durch strukturelle Faktoren erklären, die für eine Besetzungssituation typisch sind. Der in den letzten drei Jahren zu verzeichnende drastische Wirtschaftsabschwung muß jedoch vor dem Hintergrund eines bescheidenen Wachstums während mehr als eines Jahrzehnts gesehen werden. Diese Schwäche kann erklären, warum in Zusammenarbeit mit der von außen aufgezwungenen Erschütterung der Wirtschaft das Ausmaß der Armut (ein Einkommen von unter 2,15 US-Dollar am Tag) in nur vier Jahren so dramatisch angestiegen ist. Eine rückläufige Nachfrage in bezug auf inländische und importierte Erzeugnisse sowie Produktions- und Vertriebsstörungen wirken in der Krise zusammen. In beiden Fällen wird die nach unten gerichtete Spirale im wesentlichen dadurch ausgelöst, daß es an Beschäftigung fehlt oder eine Beschäftigung unmöglich ist.

Tabelle 3. Wirtschaftswachstum und Armut in der Region

	Durchschn. jährliches Wachstum des BIP in % 1990-2001	Pro-Kopf BVE in US\$ 2001	Armut: Bevölkerung mit weniger als \$2,15 am Tag in %
Ägypten	4,5	1.530	43,9 (2000)
Israel	4,7	16.750	
Jordanien	4,8	1.750	7,4 (1997)
Libanon	5,4	4.010	
Arabische Republik Syrien	4,8	1.040	
Westjordanland und Gaza	1,2	1.350	60,0 (2002)
Nahe Osten/Nordafrika	3,0	2.220	

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsindikatoren 2003 abrufbar unter: www.worldbank.org

45. Zwischen den strengen Abriegelungen und dem Rückgang der Wirtschaft besteht ein enger Zusammenhang. Dies beweisen am deutlichsten das Handelsvolumen und das Beschäftigungsniveau, die während der fast vollständigen Abriegelung im Rahmen der Operation „Verteidigungsschild“ in den besetzten Gebieten in den Monaten März und April 2002

ihren niedrigsten Stand erreichten. Umgekehrt sollte die in den ersten Monaten des Jahres 2003 festgestellte relative Lockerung der Abriegelungen der Wirtschaft der Möglichkeit bieten, ihren steilen Rückgang zu beenden und sich möglicherweise auf sehr niedrigem Niveau zu stabilisieren.

46. Mehrere Faktoren lassen eine solche Tendenz zumindest für das erste Halbjahr 2003 vermuten. Die Regierung Israels hat die Zahlung der im Namen der Palästinensischen Behörde vereinnahmten Steuern (Einfuhr- und Ausfuhrzölle) wieder aufgenommen, einschließlich der bis Dezember 2002 zurückgehaltenen Beträge. Dies hat der Palästinensische Finanzminister gegenüber der IAA-Mission bestätigt und ermöglicht die rechtzeitige Zahlung der Löhne und Gehälter an Bedienstete im öffentlichen Sektor sowie die Rückzahlung von Schulden der Palästinensischen Behörde an den Privatsektor. Die Beschäftigung in Israel nimmt wieder leicht zu. Der Warenverkehr innerhalb der besetzten Gebiete sowie zwischen diesen und Israel erholt sich. Die Unterstützung durch Geber hat sich 2002 im Vergleich zu 1999 mehr als verdoppelt und erstreckte sich in erster Linie auf Haushaltshilfe für die Palästinensische Behörde, humanitäre Hilfe und die kurzfristige Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten beim Wiederaufbau zerstörter Infrastrukturen. Schließlich war die Olivenernte 2002 außergewöhnlich reich und sollte Familien, die Oliven verarbeiten und Olivenprodukte verkaufen, die notwendige Unterstützung verschaffen.
47. Noch ist es zu früh, um zu sagen, ob sich die Wirtschaft Anfang 2003 stabilisiert und die Erschütterung vom März-April 2002 absorbiert oder ob sich nur der Rückgang der Wirtschaftsleistung etwas verlangsamt hat. Klar ist jedoch, daß ein echter Wiederaufschwung Bedingungen voraussetzt, die nur ein politische Lösung schaffen könnte.

Niedriger Stand und sinkende Qualität der Beschäftigung

48. Arbeitsmarktindikatoren weisen auf eine weitere Verschlechterung der Erwerbsquote und des Beschäftigungsstandes im Jahr 2002 verglichen mit 2001 hin (Tabelle 4). Die Erwerbsquote sank weiterhin um 1,6 Prozent auf 38,1 Prozent, und die Beschäftigung ging um 4,3 Prozent zurück, obwohl die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter um 5,5 Prozent zunahm. Infolge dessen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit auf 31,3 Prozent und ist in Gaza (38,0 Prozent) um 10 Prozentpunkte höher als im Westjordanland (28,3 Prozent). Die Erwerbsquote erreichte einen Tiefstand von 26,2 Prozent, d.h., von vier Personen im Alter von 15 Jahren und darüber war nur eine beschäftigt (eine von fünf in Gaza). Nicht nur ist die Beschäftigung weiter zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, sondern auch die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter außerhalb der Erwerbsbevölkerung hat zugenommen. Das deutet auf eine gewisse „Arbeitnehmerentmutigung“ hin, d.h. auf Arbeitnehmer, die zwar keine Arbeit haben, aber auch keine Beschäftigung mehr suchen. Offensichtlich ist dies eine unmittelbare Auswirkung der Abriegelungen und der Abhängigkeit von einer fragilen Binnenwirtschaft.
49. Die Arbeitsmarktindikatoren in den besetzten Gebieten erscheinen nach jedem Kriterium außergewöhnlich. Die Arbeitslosigkeit ist die höchste aller Länder, die in der Ausgabe 2002 des *Yearbook of Labour Statistics* des IAA für den Zeitraum 2000-02 erfaßt werden. Nur sehr wenige Länder verzeichneten eine vergleichbar hohe Arbeitslosigkeit in Konfliktsituationen. Die Erwerbsquoten bei Frauen und Männern sind, mit einigen bemerkenswerten Abweichungen, mit jenen in Ägypten oder Jordanien vergleichbar (Tabelle 5).

Tabelle 4. Arbeitsmarktindikatoren

	2001 Durchschn. jährlich	2002				2002 Durchschn. jährlich	Durchschn. jährliche Veränderung in %
		1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.		
Besetzte Gebiete							
Bevölkerung älter als 15 Jahre (in 1.000)	1.759	1.818	1.844	1.869	1.894	1.856	5,5
Erwerbsbevölkerung (in 1000)	682	705	680	703	742	707	3,7
Beschäftigung (in 1.000)	508	501	451	453	539	486	-4,3
davon in Israel und in Siedlungen (in 1.000)	70	59	33	53	56	50	-28,6
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	174	204	229	250	203	221	27,0
Erwerbsquote (%)	38,7	38,8	36,9	37,6	39,2	38,1	-1,6
Beschäftigungsquote (%)	28,9	27,6	24,5	24,2	28,5	26,2	-9,3
Arbeitslosigkeit (%)	25,5	28,9	33,6	35,6	27,3	31,3	22,7
Westjordanland							
Bevölkerung älter als 15 Jahre (in 1.000)	1.160	1.198	1.213	1.228	1.244	1.220	5,2
Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	482	485	452	492	524	488	1,2
Beschäftigung (in 1.000)	376	361	318	339	383	350	-6,9
davon in Israel und in Siedlungen (in 1.000)	67	57	31	51	49	47	-29,9
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	106	124	134	152,5	142	138	30,2
Erwerbsquote (%)	41,5	40,4	37,3	40,1	42,1	40,0	-3,6
Beschäftigungsquote (%)	32,4	30,1	26,2	27,6	30,8	28,7	-11,4
Arbeitslosigkeit (%)	22,0	25,5	29,7	31,1	27,0	28,3	28,6
Gaza							
Bevölkerung älter als 15 Jahre (in 1.000)	599	620	631	641	650	636	6,2
Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	200	220	228	211	218	219	9,5
Beschäftigung (in 1.000)	132	140	133	113	157	136	3,0
davon in Israel und in Siedlungen (in 1.000)	2	2	2	2	7	3	50,0
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	68	80	94	98	61	83	22,1
Erwerbsquote (%)	33,4	35,5	36,1	32,9	33,5	34,4	3,1
Beschäftigungsquote (%)	22,0	22,6	21,1	17,6	24,2	21,4	-2,7
Arbeitslosigkeit in (%)	34,2	36,3	41,4	46,5	28,0	38,0	11,1
Quelle: PCBS, 2003 a							

Das Verhältnis zwischen Beschäftigung und Bevölkerung ist jedoch in den Gebieten sowohl bei Männern wie auch bei Frauen eindeutig niedriger als in den beiden Vergleichsländern.

Tabelle 5. Arbeitsmarktindikatoren nach Geschlecht (in Prozent)

	Besetzte Gebiete (2002)		Ägypten (1998)		Jordanien (2000)	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Erwerbsquote	10,4	65,5	19,6	71,5	11,6	63,6
Beschäftigungsquote	8,6	43,6	15,6	66,1	10,7	59,0
Arbeitslosigkeit	17,2	33,6	5,1	19,9	20,7	11,8

Quellen: PCBS, -2003 a, IAA, Schlüsselindikatoren des Arbeitsmarkts 2001-02.

50. Die jüngere Bevölkerung (15 bis 24 Jahre) zahlt einen hohen Preis für diese verschlechterte Arbeitsmarktsituation (Tabelle 6). Nicht nur ist die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe sehr hoch (41,8 Prozent), auch die Erwerbsquote ist mit 14,1 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2002 erschreckend niedrig. Die Zahl der Jugendlichen außerhalb der Erwerbsbevölkerung ist mehr als dreimal so hoch wie die der erwerbstätigen Jugendlichen. Die meisten dieser Jugendlichen sind als Studenten gemeldet. Diese Daten lassen schließen, daß von je zehn Jugendlichen einer beschäftigt und einer arbeitslos ist, während acht nicht der Erwerbsbevölkerung angehören und fünf von diesen studieren. Viele Schulen und Universitäten waren jedoch im Jahr 2002 für längere Zeiträume geschlossen, was eindeutige nachteilige Auswirkungen auf die für künftige Generationen so wesentliche Schul- und Hochschulbildung hatte. In Gaza wurde der IAA-Mission mitgeteilt, daß mehr als 60 Prozent der Studenten der fünf Universitäten für die Dauer der Abriegelungen keine Lehrveranstaltungen besuchen konnten.

Tabelle 6. Bevölkerungsgruppe 15 bis 24 Jahre und der Arbeitsmarkt 2002

	Insgesamt	Weiblich	Männlich
Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren (in 1.000)	668	326	342
Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	165	20	145
Erwerbsquote (%)	24,4	6,1	42,4
Beschäftigungsquote (%)	14,1	3,7	24,0
Arbeitslosigkeit (%)	41,8	41,5	41,9
Außerhalb der Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	504	307	197
Davon Studenten (in 1.000)	325	167	158

Quelle: PCBS, 2003 a.

51. Bei einer Aufschlüsselung der Beschäftigungsdaten nach Quartalen in Tabelle 4 ergibt sich ein Tiefstand im April-Juni 2002 mit einer anschließenden Erholung im letzten Quartal 2002. Im Oktober-Dezember 2002 waren rund 539.000 Personen beschäftigt (nach IAO-Definition), was einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um 6,1 Prozent gegenüber dem Durchschnittsstand im Jahr 2001 entspricht. Dies läßt sich eindeutig auf die bereits festgestellte leichte Lockerung der Abriegelungen zurückführen. Im letzten Quartal 2002 erreichte die Zahl der in israelischen Siedlungen arbeitenden Palästinenser 56.000, wobei es sich überwiegend um Personen aus dem Westjordanland handelte, von denen wahrscheinlich eine beträchtliche Zahl keine Arbeitsgenehmigung hatte. Hinzuweisen ist auch auf die Widerstandsfähigkeit der Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Hier waren im Jahr 2002 durchschnittlich 115.000 Personen oder 47,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten in den besetzten Gebieten tätig. Hinsichtlich des hohen Beschäftigungsstandes im öffentlichen Sektor sollten zwei Faktoren berücksichtigt werden. Erstens ist der öffentliche

Sektor eine subventionierte Einkommensquelle, was zur Verminderung der Armut wichtig ist. Zweitens ist sein geringes Produktivitätsniveau nicht nachhaltig. Mit 366.000 Beschäftigten im letzten Quartal 2002 ist auch eine deutliche Erholung der Beschäftigung im privaten Sektor in den Gebieten festzustellen. Dies bedeutet eine Zunahme um 19,2 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 2002 und um 14,1 Prozent gegenüber 2001 (PCBS, 2003 a).

52. Die Qualität dieser Beschäftigung gibt jedoch einigen Anlaß zur Besorgnis. Nur bei 39,3 Prozent aller im letzten Quartal 2002 in den Gebieten im privaten Sektor Beschäftigten handelte es sich um unselbständig Beschäftigte, verglichen mit 48,7 Prozent im Jahr 1999 (PCBS, 2003 a). Zum großen Teil ist der Anstieg somit auf die Zunahme selbständiger Beschäftigung zurückzuführen. Tabelle 7 macht diese Entwicklung deutlich. Die Zunahme der selbständigen Beschäftigung ist mit Sicherheit die Folge einer Anpassungsstrategie, wobei Arbeitnehmer eine verlorene abhängige Beschäftigung durch irgendeine Form selbständiger Tätigkeit ersetzen, wenn auch mit niedrigerer Produktivität und niedrigerem Einkommen.

Tabelle 7. Beschäftigung nach der Stellung im Erwerbsleben (in Prozent)

	1995	1999	2002
Arbeitgeber	6,9	5,5	3,7
Selbständig Erwerbstätige	21,2	18,7	26,8
Abhängig Beschäftigte	61,7	67,8	59,2
Mithelfende Familienangehörige	10,2	8,0	10,3
Insgesamt	100	100	100

Quelle: PCBS, 2003 a.

53. Die sinkende Qualität der Beschäftigung läßt sich auch an der Verteilung der Beschäftigten auf die verschiedenen Tätigkeitsbereiche im Jahr 2002 ablesen (Tabelle 8). Die Landwirtschaft ist weiterhin eine wichtige Beschäftigungsquelle, deren Bedeutung wegen der Zahl der nicht registrierten arbeitenden Frauen und der häufigen Zweitbeschäftigungen in der Landwirtschaft möglicherweise unterschätzt wird. Für in Israel arbeitende Palästinenser ist das Baugewerbe besonders wichtig, was mit dem Umstand übereinstimmt, daß in hohem Maß gering qualifizierte Arbeitskräfte exportiert werden. Das Beschäftigungsniveau in der verarbeitenden Industrie ist mit 12,5 Prozent besonders niedrig, eine Folge der Schwierigkeiten, in den besetzten Gebieten in die Industrieentwicklung zu investieren.

Tabelle 8. Beschäftigung nach Tätigkeitsbereich, 2002 (in Prozent)

	Westjordanland	Gaza	Israel und Siedlungen	Insgesamt
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	20,2	15,1	8,7	17,6
Bergbau, Steine und Erden und verarbeitende Industrie	13,3	9,0	17,2	12,5
Baugewerbe	8,8	8,7	46,5	12,7
Handel, Hotels und Gaststätten	19,8	17,1	15,4	18,6
Transport, Lagerung und Kommunikation	6,2	4,7	3,6	5,5
Dienstleistungen	31,6	45,4	8,6	33,1
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: PCBS, 2003 a.

Leichter Rückgang der Reallöhne

54. Tabelle 9 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen realen Tageslöhne. Der allgemeine Trend läßt einen leichten Rückgang der Löhne in der Größenordnung von 1 Prozent pro Jahr im Zeitraum 2000-02 erkennen. Die Löhne im privaten Sektor betragen das 1,3fache der Löhne im öffentlichen Sektor. Ebenso sind die Löhne im Westjordanland wegen der größeren wirtschaftlichen Vielfalt und der zahlreicheren Möglichkeiten höher als in Gaza. Die Löhne in Israel schließlich betragen das 1,7fache der Löhne im privaten Sektor in den Gebieten und lassen im Gegensatz zu dem im Westjordanland und in Gaza verzeichneten Rückgang der Reallöhne eine positive Entwicklung erkennen. Die Geberhilfe für die Palästinensische Behörde hat es ihr ermöglicht, einen überdimensionierten öffentlichen Sektor aufrechtzuerhalten. In der gegenwärtigen Krisensituation bedeutet dies einen wirk-samen Beitrag zu einem sozialen Sicherheitsnetz.

Tabelle 9. Durchschnittliche tägliche Reallöhne in Neuen Israelischen Schekel (NIS)

	2000	2001	2002	Durchschn. jährliche Veränderung in %
Öffentlicher Sektor	51,85	52,28	49,91	-1,26
Privater Sektor	63,72	64,20	62,82	-0,48
In Israel	107,40	102,74	106,64	-0,20
Gaza	51,85	52,28	49,91	-1,26
Westjordanland	65,28	63,05	63,09	-1,10
Jerusalem	90,67	89,57	92,37	0,60

Quelle: PCBS, 2003 a.

55. Es ist zu beachten, daß sich diese Daten auf Tageslöhne, nicht auf Monatseinkommen beziehen. Dies ist bedeutsam, weil erstens die Gesamtzahl der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen ist und zweitens die Zahl der Tage, an denen tatsächlich gearbeitet wurde, sehr unterschiedlich war, je nachdem wie weit es physisch möglich war, den Arbeitsplatz zu erreichen, weil möglicherweise militärische Kontrollstellen zu passieren waren. Der IAA-Mission wurde über zahlreiche Fälle von Arbeitnehmern berichtet, die von Arbeitgebern in Israel entlassen worden waren, weil sie wegen der Abriegelungen nicht oder zu spät zur Arbeit erschienen. Arbeitnehmer sollen auch in einigen Fällen verletzt worden sein, darunter einige tödlich, weil sie versuchten, trotz der Abriegelungen auf unbewachten Wegen zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Der PGFTU berichtet über rund 20 Fälle, in denen in den letzten Monaten Arbeitnehmer getötet wurden, die ihren Arbeitsplatz erreichen wollten. Es wird auch berichtet, daß Arbeitnehmer Probleme im Zusammenhang mit dem Zugang zu ihren Arbeitsplätzen dadurch zu umgehen versuchen, daß sie an ihren Arbeitsplätzen über-nachten, und zwar sowohl (illegal) in Israel als auch in den Gebieten.

Drastischer Anstieg von Armut

56. Die Weltbank hat das Ausmaß der Armut in den besetzten Gebieten geschätzt, indem sie eine Armutsgrenze bei einem Pro-Kopf-Tageseinkommen von 2,15 US-Dollar festlegte. Die Daten in Tabelle 10 zeigen, daß sich der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung von 1999 bis 2002 verdreifacht hat. Nach UNSCO-Schätzungen lebten 2002 70 Prozent der Bevölkerung in Gaza und 55 Prozent der Bevölkerung im Westjordanland unterhalb der Armutsgrenze (UNSCO 2002). In absoluten Zahlen belief sich die in Armut lebende Bevölkerung 2002 auf fast 2 Millionen Menschen. Eine so

Tabelle 10. Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze

	1999	2000	2001	2002
Verbreitung der Armut (% der Bevölkerung)	20,1	30,7	45,7	60,0
Anzahl der Armen (in 1000)	571,2	910,6	1.415,0	1.939,0

Quelle: Schätzungen der Weltbank 2003.

rasche und massive Zunahme der Armut ist historisch ohne Beispiel. Die Ausnahme-situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten ist der Hintergrund für eine ernste humanitäre Krise.

57. Armut bedeutet nicht nur geringes Einkommen. Sie beeinträchtigt auch rasch die Ernährung und den Gesundheitszustand. Eine von der Universität Al-Quds und der John Hopkins Universität durchgeführte und im September 2002 veröffentlichte Erhebung über den Ernährungszustand von Kindern der Altersgruppe 6 bis 59 Monate im Westjordanland und in Gaza läßt vor allem in Gaza einen humanitären Notstand erkennen (*Abdeen et al.*, 2002). Die Erhebung ergab, daß in Gaza 13,3 Prozent und im Westjordanland 4,3 Prozent der Kinder bis zu fünf Jahren akut unterernährt waren. Bei einer Bevölkerung mit normaler Ernährung sollte dieser Satz 2,3 Prozent betragen. Ermittelt wurde auch ein gewisser Zusammenhang zwischen Einkommen und Unterernährung, indem Kinder in Haushalten mit niedrigen Einkommen eine höhere Rate an Unterernährung aufwiesen. Das palästinensische Gesundheitsministerium hat einen Ernährungsnotstandsplan entwickelt, um gegen diese Situation vorzugehen.

Der Auswirkungen der Krise auf die israelische Wirtschaft

58. Die Krise hat auch bedeutende Auswirkungen auf die Wirtschaft in Israel, die nicht ignoriert werden können. Die Wirtschaft in Israel verzeichnete 2002 ein zweites Rezessionsjahr mit negativem Wachstum des BIP. Für 2003 wird eine leichte Erholung erwartet. Tabelle 11 zeigt die maßgebenden Indikatoren der Krise, deren unmittelbare Ursachen sich geändert haben. 2001 trafen Israel die Intifada und der Rückgang der Ausfuhren von Hochtechnologieerzeugnissen. Die Intifada beeinträchtigte in erster Linie den Tourismus (-33 Prozent im Jahr 2001) und das Baugewerbe (Bank of Israel, 2002). Der zweite Faktor kam in einem starken Exportrückgang 2001 (-12 Prozent) zum Ausdruck. 2002 ließen die Auswirkungen dieser Faktoren jedoch nach. Die Hauptursache für die Rezession 2002 ist vielmehr der Rückgang des Privatkonsums (-0,6 Prozent), wobei der private Pro-Kopf-Verbrauch in Einzelfällen bis zu 2,5 Prozent rückläufig war. Das veränderte Ausgabenverhalten der Haushalte hat vor allem im zweiten Halbjahr 2002 traditionelle Produktions- und Dienstleistungsbereiche getroffen. Zurückführen läßt sich diese Entwicklung auf die Angriffe auf Israelis in Israel (220 Opfer von Januar 2002 bis 27. April 2003, darunter 36 Kinder und Jugendliche unter 18, B'Tselem, 2003). Sicherheitsbesorgnisse beeinträchtigen das Konsumentenvertrauen und veranlassen die Haushalte, ihre Einkommenserwartungen und Ausgabenpläne angesichts der anhaltenden Krise zu ändern.
59. Die Bank of Israel schätzt die Kosten der Intifada für die Wirtschaft auf 3 bis 3,8 Prozent des BIP im Jahr 2002 (Bank of Israel, 2002). Diese Schätzung umfaßt die direkten und indirekten Kosten des Konflikts. Der Israelische Herstellerverband trug der IAA-Mission seine Besorgnisse über die notleidende Wirtschaft vor. Die Mitglieder des Verbandes verwiesen insbesondere auf die praktischen und psychologischen Schwierigkeiten der Beschäftigung palästinensischer Arbeitnehmer in Israel. Sicherheitsbedenken sprechen gegen eine solche Beschäftigung, vor allem angesichts der zunehmenden Selbstmordattentate.

Tabelle 11. Wirtschaftsindikatoren in Israel

	2001 (Veränderung in %)	2002 (Veränderung in %)	2003 ¹ (Veränderung in %)
Reales BIP	-0,9	-1,0	0,5
Privater Verbrauch	2,5	-0,6	0,8
Öffentlicher Verbrauch	3,3	5,5	1,2
Brutto-Anlageinvestitionen	-2,6	-8,0	-4,5
Ausfuhren	-11,7	-5,4	3,4
Einfuhren	-4,5	-3,0	1,3
Arbeitslosigkeit (%)	9,3	10,5	10,9
Reallöhne	3,0	-5,7	n.v.
Index der Verbraucherpreise (Durchschnitt)	1,1	5,7	1,8
Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,5	-4,0	-3,0
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-1,7	-2,1	-1,5

¹ IWF-Projektionen
n.v.: nicht verfügbar
Quellen: Bank of Israel, Jahresbericht 2002; IWF, 2003.

- 60.** Infolge und zugleich als Ursache der Rezession ist die Arbeitslosigkeit 2002 drastisch auf 10,5 Prozent angestiegen, und es wird erwartet, daß sie 2003 12 Prozent erreicht. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit erfolgte trotz des deutlichen Rückgangs der Anzahl der in Israel tätigen palästinensischen Arbeitnehmer, teilweise ausgeglichen durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, deren Anzahl 2002 auf 260.000 geschätzt wurde. Diese Tatsache und die Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Sektor hätten eigentlich den geringeren Bedarf an Arbeitskräften im privaten Sektor abfedern müssen, wenn der Rückgang nicht gar so beträchtlich gewesen wäre. Die Arbeitslosigkeit stieg 2002 trotz des deutlichen Absinkens der Reallöhne um 5,8 Prozent, wofür die hohe Inflationsrate und die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften verantwortlich waren. Die Durchschnittsdauer, während der Arbeitnehmer arbeitslos waren, erhöhte sich auf 26 Wochen.
- 61.** Die Intifada hat bereits auch 2001 zur Rezession beigetragen, war aber 2002 der bestimmende Faktor für ihr Andauern und ihre Verschärfung. Ihre Kosten für die Wirtschaft und für die Arbeitnehmer und Bürger in Israel sind beträchtlich und kumulativ. Angesichts der starken Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel wird sie durch die Auswirkungen der Rezession in Israel weiter geschwächt.

II. Der Aufbau von Arbeitsmarktinstitutionen

Der Fahrplan

- 62.** Bemühungen der internationalen Gemeinschaft haben bewirkt, daß Präsident Arafat vor kurzem mit Mahmoud Abbas (Abu Mazen) einen Ministerpräsidenten mit eindeutig definierten Vollmachten und Zuständigkeiten ernannt hat. Am 10. März 2003 billigte der Palästinensische Gesetzgebende Rat eine Änderung des Palästinensischen Grundgesetzes, um das Amt des Ministerpräsidenten zu schaffen. Am 29. April 2003 wurde das vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene neue Kabinett vom Gesetzgebenden Rat bestätigt, was es der als das Quartett bezeichneten Gruppe (bestehend aus Vertretern der Vereinten Natio-

nen, der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation) ermöglichte, beiden Parteien ihren „Fahrplan“⁵ vorzulegen, einen detaillierten Plan, der innerhalb von zwei Jahren zur Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates und zur Beendigung des seit langem andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt führen soll. Im Rahmen dieses Prozesses wird der Aufbau von Arbeitsmarktinstitutionen ein wesentliches Element auf dem Wege zur Eigenstaatlichkeit sein.

63. Phase I des Fahrplans sieht die Beendigung von Terrorismus und Gewalt, die Normalisierung des Lebens in Palästina, die Verbesserung der humanitären Lage in den Gebieten und den Wiederaufbau palästinensischer Institutionen vor. Den Palästinensern obliegt es, „umgehend und bedingungslos die Gewalt einzustellen [...] womit unterstützende Maßnahmen Israels einhergehen sollten“. Israel seinerseits hat „alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Normalisierung des palästinensischen Lebens zu unterstützen [...] und sich aus den seit September 2000 besetzten palästinensischen Gebieten zurückzuziehen“. Israel hat ferner alle Siedlungstätigkeiten einzustellen.
64. Phase II zielt vor allem auf die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit „vorläufigen Grenzen und Merkmalen der Souveränität“ ab. Diese Phase soll nach Wahlen in Palästina beginnen und mit der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates enden. Das Quartett soll eine internationale Konferenz über den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Palästina einberufen.
65. Ziele der Phase III sind u.a. die „Konsolidierung der Reformen und die Stabilisierung der palästinensischen Institutionen, nachhaltige und wirkungsvolle Anstrengungen der Palästinenser zur Gewährleistung von Sicherheit sowie israelisch-palästinensische Verhandlungen mit dem Ziel einer Einigung über den endgültigen Status im Jahr 2005“.
66. Das vom Fahrplan vorgesehene Überwachungssystem wird sich vor allem der Sicherheit, politischen Fragen, einschließlich Siedlungen, institutionellen Reformen sowie humanitären und sozioökonomischen Fragen widmen. Es wird angenommen, daß jedes Mitglied des Quartetts bei dieser Überwachung eine Rolle spielen wird. UNSCO könnte mit sozioökonomischen und humanitären Fragen beauftragt werden, die die Erfahrungen und das Fachwissen der VN erfordern. Hier wird die IAO in bezug auf Fragen der Beschäftigung, der Sozialen Sicherheit und des Sozialdialogs eine Rolle zu spielen haben.

Arbeitsmarktinstitutionen

67. Der Fahrplan sieht die Errichtung eines unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staates vor, der mit Israel und anderen Nachbarn in Frieden und Sicherheit lebt. Dies erfordert die Entwicklung einer lebensfähigen Marktwirtschaft, die von geeigneten Institutionen getragen wird. Es werden Maßnahmen getroffen, um die humanitäre Krise in den besetzten Gebieten zu mildern und das Leben der Palästinenser zu verbessern, womit die Rückkehr zu einer normalen Wirtschaftstätigkeit angestrebt wird. Zur Unterstützung dieser Bemühungen ist eine Agenda der institutionellen Reformen ausgearbeitet worden, die für den Fahrplan und seine Fähigkeit, die mit ihm gesetzten Ziele zu erreichen, von zentraler Bedeutung ist.
68. Eine lebensfähige Marktwirtschaft wird die intensive Konsultation und Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen und maßgebenden Organisationen erfordern, die in erster Linie für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zuständig sind. Institutionen können eine ent-

⁵ „A performance-based road-map to a permanent two-State solution to the Israeli-Palestinian conflict“, Vereinte Nationen, 2003, 7. Mai 2003.

scheidende Rolle bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung eines starken Wirtschaftswachstums spielen, das produktive Beschäftigungsmöglichkeiten schafft, indem sie die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in den besetzten Gebieten berücksichtigen. Starke Institutionen stützen sich auf drei Säulen: demokratische Vertretung, fachliche Fähigkeiten zur Behandlung und Diskussion wichtiger grundsatzpolitischer Fragen sowie Verfahren und Einrichtungen der Konsultation und des Sozialdialogs. Diese drei Säulen müssen in den besetzten Gebieten nachhaltig gestärkt werden. Es muß eine Agenda für ihre Entwicklung ausgearbeitet und im Rahmen der Reform der palästinensischen Institutionen durchgeführt werden. Ebenso wie sich die Palästinensische Behörde in Richtung auf Eigenstaatlichkeit entwickelt und um die Konsolidierung ihrer demokratischen Legitimität und ihrer technischen Kapazitäten bemüht, müssen dies die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer tun. Durch freie und faire Wahlen autorisierte repräsentative Verbände sind die Grundlage, auf der starke Organisationen entwickelt werden können. Eine Grundvoraussetzung für solche Wahlen ist die radikale Abkehr von der gegenwärtigen Praxis der Abriegelungen.

- 69.** Der Mission gegenüber wurde immer wieder erklärt, daß sich eine lebensfähige palästinensische Wirtschaft nicht mehr in dem Umfang wie vor der zweiten Intifada auf den Export von Arbeitskräften stützen kann. Welche Form eine solche Wirtschaft erhalten sollte, wird zur Zeit diskutiert. Die Gesprächspartner der Mission in der israelischen Regierung und bei der Weltbank nannten 50.000 bis 60.000 Arbeitsplätze für Palästinenser in Israel als realistisches Ziel. Es gibt zwei Gründe, warum diese Zahl unter den 150.000 legalen Arbeitsplätzen vor der Intifada liegt: Einerseits wird es weniger Arbeitsplätze in Israel geben, und andererseits muß im Westjordanland und im Gazastreifen ein weniger verletzlicher Arbeitsmarkt aufgebaut werden. Es gibt jedoch keine Kompensation zwischen dem Export von Arbeitskräften und der Entwicklung des internen Arbeitsmarkts, weil die von exportierten Arbeitskräften verdienten Einkommen in hohem Maß die makroökonomische Nachfrage in den besetzten Gebieten anheizen, was wiederum den internen Bedarf an Arbeitskräften erhöht.
- 70.** Angesichts des raschen Anwachsens der Erwerbsbevölkerung, der möglichen Beschränkung der Zahl der in Israel tätigen Palästinenser und der dringenden Notwendigkeit, den Lebensstandard anzuheben, sollte die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten ein zentrales Anliegen der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sein. Obgleich die wirtschaftliche Entwicklung stark vom Ergebnis der politischen Verhandlungen abhängen wird, wird die Palästinensische Behörde bereits jetzt und in Zukunft Entscheidungen treffen, um die Wirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Krisensituation in Richtung auf eine allmähliche Erholung und ein nachhaltiges Wachstum zu lenken. Dies wird viel leichter sein, wenn Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an der Entwicklung grundsatzpolitischer Maßnahmen und an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. In einer Reihe grundsatzpolitischer Bereiche, wie beispielsweise Lohnpolitik, Investitionen, Steuerwesen, Sozialschutz und Ausbildung, wird ein hohes Maß an Koordinierung und Kohärenz erforderlich sein. In allen diesen Bereichen kann Kohärenz erzielt werden, wenn grundsatzpolitische Entscheidungen fachlich gut vorbereitet und vorher im Rahmen funktionsfähiger Einrichtungen des Sozialdialogs diskutiert werden.
- 71.** Die palästinensische Reformagenda muß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie Einrichtungen des Sozialdialogs einbeziehen. Die IAO ist ohne weiteres in der Lage, ihre Mitgliedsgruppen in diesen Bereichen zu unterstützen und die notwendige technische Zusammenarbeit zu erleichtern.

Soziale Sicherheit

72. Neben den in Tarifverträgen, die für palästinensische Arbeitnehmer gelten, die eine Genehmigung zur Tätigkeit in Israel haben und beim israelischen Arbeitsamt gemeldet sind, vorgesehenen Maßnahmen für den sozialen Schutz gibt es ein ergänzendes (obligatorisches) nationales Versicherungssystem, das vom israelischen Nationalen Versicherungsinstitut (NII) verwaltet wird. Palästinensische Arbeitnehmer in Israel zahlen die gleichen Beiträge zum NII wie israelische Arbeitnehmer, erhalten jedoch geringere Leistungen. Diese Situation besteht seit 1970 und war, wie in früheren Berichten des Generaldirektors an die Internationale Arbeitskonferenz über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete⁶ mehrfach erwähnt worden ist, im Lauf der Jahre wiederholt Gegenstand von Auseinandersetzungen und sogar Gerichtsverfahren. Im Pariser Protokoll von 1994 hieß es: „Israel wird monatlich an eine von der palästinensischen Behörde einzurichtende Rentenversicherungsinstitution Versicherungsbeiträge überweisen, die gesammelt werden, nachdem diese Institution eingerichtet worden ist“ (Pariser Protokoll, Artikel VII Absatz 4). Wie im Bericht 2002 an die Internationale Arbeitskonferenz (Absatz 70) festgestellt wurde, ist diese Bestimmung zwar immer noch in Kraft, wurde jedoch bisher nie umgesetzt. Solange die Palästinensische Behörde noch keine entsprechende Einrichtung der Sozialen Sicherheit geschaffen hat, an die diese Gelder überwiesen werden können, zahlt Israel die betreffenden Abzüge von den Löhnen der Palästinenser, die in Israel gearbeitet haben, in einen Ausgleichsfonds. Wie 2002 berichtet wurde (Absatz 38) haben sich immer mehr palästinensische Arbeitnehmer, die beim NII Sozialversicherungsansprüche erworben haben, entschlossen, sich ihre Ansprüche in Form einer Abfindung auszahlen zu lassen. 2001 entschieden sich 40.000 Arbeitnehmer hierzu, gegenüber lediglich 7.000 im Jahr 2000.
73. In den letzten Jahren hat die Palästinensische Behörde versucht, ein System der Sozialen Sicherheit zu entwickeln, und dem Palästinensischen Gesetzgebenden Rat wurde der Entwurf eines Gesetzes der Sozialen Sicherheit zur ersten Lesung im Jahr 2000 unterbreitet. Infolge der Lage, die sich nach dem September dieses Jahres entwickelte, wurde der Prozeß jedoch unterbrochen.
74. Wie die palästinensische Ministerin für Sozialangelegenheiten der Mission mitteilte, arbeitet die Palästinensische Behörde an einem System der Sozialen Sicherheit für palästinensische Beamte. Die Bemühungen um die Entwicklung von Systemen der Sozialen Sicherheit für Palästinenser, die in Israel arbeiten, und für jene, die im privaten und öffentlichen Sektor in den besetzten Gebieten tätig sind, müssen unbedingt koordiniert werden. Ehe die Methoden geprüft werden, wie Gelder transferiert werden sollten, müßte jedoch eine sorgfältige Studie der zu entwickelnden Systeme und ihrer Folgen für gegenwärtige und künftige Kapitalzu- und -abflüsse durchgeführt werden. Die Mission erörterte sowohl mit den palästinensischen Arbeits- und Finanzministern als auch mit der israelischen Regierung die Notwendigkeit der Entwicklung einer Sozialstatistik, zu der die IAO ihre Erfahrungen beisteuern kann. Man war sich darüber einig, daß diese Tätigkeit ein Element der technischen Zusammenarbeit mit der IAO in den kommenden Monaten sein müsse.

Arbeitsbedingungen

75. Die Mission untersuchte die Bedingungen, unter denen palästinensische Arbeitnehmer aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen sowohl in den Gebieten als auch in Israel tätig

⁶ Siehe Abs. 71-72 des Berichts 1990; Abs. 50 des Berichts 1991; Abs. 75-76 des Berichts 1992; und Abs. 71-74 des Berichts 1994.

sind, die bestehenden Institutionen, die sie bei ihren Bemühungen unterstützen und ihre Interessen fördern, und die Art und Weise des Zusammenwirkens zwischen diesen Institutionen. Hierzu zog sie alle Informationen heran, die ihr von ihren Gesprächspartnern übermittelt wurden, darunter Dokumente des PGFTU, des FPCCIA und des ICATU.

76. Ein wichtiges Ereignis war die Verkündung eines neuen palästinensischen Arbeitsgesetzes am 1. Mai 2001. Zumindest theoretisch gilt dieses Gesetz im gesamten Westjordanland und im Gazastreifen und setzt im arbeitsrechtlichen Bereich der Gültigkeit eines Rechts ein Ende, das sich vom Ottomanischen Reich, vom Britischen Mandat und von jordanischen und ägyptischen Quellen sowie von israelischen Militärverfügungen ableitete. Obwohl das neue Gesetz allgemein anerkannten internationalen Prinzipien der Vereinigungsfreiheit und der Kollektivverhandlungen nicht völlig entspricht, ist es von allen Parteien als Rahmen begrüßt worden, in dem Arbeitsbeziehungen in den Gebieten wirksamer und in einer der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der palästinensischen Gebiete dienlichen Weise zum Tragen kommen können. Dennoch sind sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerverbände – aus unterschiedlichen Gründen – mit den Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht völlig zufrieden. Die Mission wurde davon unterrichtet, daß eine Reihe von Durchführungsvorschriften ausgearbeitet worden sind und mit der Rechtsfakultät der Universität Birzeit diskutiert werden. Nach Ansicht des PGFTU (Westjordanland) sind jedoch andere Bestimmungen, die grundlegendere Fragen der Vereinigungsfreiheit und der Kollektivverhandlungen betreffen, so komplex, daß sie auf dreigliedriger Grundlage mit Unterstützung und Beteiligung der IAO diskutiert werden müssen.
77. Als das neue Arbeitsgesetz in einer Zeit des relativen Friedens und sogar Wohlstands geplant und ausgearbeitet wurde, galt es als Beginn einer neuen Ära der Arbeitsbeziehungen in den Gebieten und als Rahmen, in dem die palästinensischen Behörden und die Sozialpartner in Form echter dreigliedriger Beziehungen enger zusammenarbeiten und eine Art von Arbeitsbeziehungen entwickeln könnten, die dem wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Gebieten entsprechen würden.
78. Die gegenwärtige katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage in den Gebieten wird jedoch durch ein neues Arbeitsgesetz nicht verbessert werden, wie progressiv es auch sein mag. Sowohl die Palästinensische Behörde (insbesondere das Arbeitsministerium) als auch die israelische Regierung werden andere Maßnahmen treffen müssen, um ein Umfeld zu schaffen, in dem palästinensische Arbeitnehmer menschenwürdige Arbeit finden und ihre Familien in Verhältnissen unterstützen können, die fair sind und von den Bestimmungen des neuen Gesetzes angemessen geschützt werden. Um menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Gebieten zu gewährleisten, müssen Vorkehrungen für angemessene Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen und einen leistungsfähigen Arbeitsaufsichtsdienst geschaffen werden. Die Abriegelungen und Ausgangssperren haben zahlreiche Arbeitnehmer daran gehindert, entweder an ihren Arbeitsplatz in den Gebieten oder in Israel zu gelangen oder nach der Arbeit zurückzukehren. Der Mission wurde berichtet, daß viele Arbeitnehmer unter Bedingungen, die ihrer Gesundheit abträglich sind, in ihren Fabriken oder an anderen Arbeitsstätten übernachten müssen. Es gibt auch Fälle palästinensischer Arbeitgeber, die ihren Arbeitnehmern sehr niedrige Löhne zahlen und es unterlassen, Arbeitsbedingungen zu verbessern, die den Mindestnormen nicht entsprechen.
79. Dem Arbeitsminister der Palästinensischen Behörde sind die komplexe Situation, die Probleme, die sie für die palästinensischen Arbeitnehmer bedeutet, und die gegenwärtige Unfähigkeit seines Ministeriums, glaubhafte Lösungen anzubieten, durchaus bewußt. Mit fachlicher Unterstützung durch die IAO unternimmt er jedoch beträchtliche Bemühungen, um das Ministerium neu zu strukturieren und seine Kapazitäten in den Bereichen Berufsbildung, Arbeitsvermittlungsdienste und Arbeitsaufsicht zu verstärken und die gesamte Verwaltung zu verbessern. Dies erfolgt in Übereinstimmung mit der palästinensischen Agenda zur Reform des öffentlichen Dienstes, die von der Einsatzgruppe für palästinens-

sische Reformen überwacht und unterstützt wird, der Vertreter des Quartetts sowie Norwegens, Japans, Kanadas, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds angehören. Die Umstrukturierung des Ministeriums an sich wird keine Arbeitsplätze schaffen, kann jedoch dazu beitragen, mit Hilfe verbesserter Arbeitsmarktinstitutionen, wie z.B. der Arbeitsvermittlungsdienste, die künftigen Arbeitsbedingungen zu verbessern.

80. Ferner wurde eine Nationale Beschäftigungskommission unter dem Vorsitz des Arbeitsministers geschaffen. Angesichts der Einbeziehung anderer wichtiger Ministerien sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sollte dieser Kommission eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung und Durchführung einer nationalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zum Nutzen der Gebiete und ihrer Arbeitnehmer zukommen. Die Mission hat jedoch erfahren, daß diese Kommission nur einmal – im September 2002 – getagt hat und daß es seither keine weiteren Tätigkeiten mehr gab. Nach Ansicht des PGFTU sollte die Einsetzung einer Lohnkommission Vorrang haben, die mehr Fairneß für Arbeitnehmer erreichen soll. Der FPCCIA dagegen würde lieber ernsthaft über die Verzerrungen des Arbeitsmarkts, die Zusammenhänge zwischen der palästinensischen und der israelischen Wirtschaft und die Frage der in Israel arbeitenden Palästinenser diskutieren.

Sozialdialog

81. Die Erfahrungen mit der Nationalen Beschäftigungskommission zeigen, daß im Hinblick auf die Entwicklung der Eigenstaatlichkeit Institutionen für den Sozialdialog entwickelt werden müssen. Dies gilt sowohl für die Regierung als auch für die Sozialpartner. Die Sozialpartner werden ihre eigenen Rollen definieren, ihre institutionellen Strukturen gestalten und in diesem Rahmen die Kapazitäten ihrer Akteure stärken und gleichzeitig die Entwicklung zur Eigenstaatlichkeit unterstützen müssen. Gewerkschaften, die in bezug auf humanitäre Bedürfnisse hervorragende Arbeit geleistet haben, werden ihre Rolle als Entwicklungspartner wahrnehmen und dabei den Bedürfnissen und Hoffnungen palästinensischer Arbeitnehmer und ihrer Familien Ausdruck geben müssen. Arbeitgeberverbände sollten als Stimme der Unternehmen entstehen und die Arbeit der Palästinensischen Handels-, Landwirtschafts- und Industriekammern ergänzen. Sobald es die verbesserten politischen Verhältnisse erlauben, sollten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in der Lage sein, ihre internen demokratischen Strukturen durch die Abhaltung freier Wahlen zu entwickeln.
82. Der FPCCIA konnte bisher noch nicht in vollem Umfang seine Aufgaben wirksam wahrnehmen und seinen Auftrag in Ergebnisse umsetzen. Hierfür gibt es mehrere Gründe: a) Die Jahre der Besetzung haben die einzelnen Kammern geschwächt, und die Kammer Jerusalem ist vor kurzem von den Israelis geschlossen worden; b) die finanzielle Lage des Verbandes ist im Vergleich zur Dynamik einiger weniger Kammern relativ schwach.
83. Die meisten Gewerkschaften im Westjordanland und in Gaza sind dem PGFTU angeschlossen. Es gibt elf Mitgliedsgewerkschaften im Westjordanland und acht im Gazastreifen. Nach Angaben des PGFTU gehören 297.000 Arbeitnehmer im Westjordanland PGFTU-Gewerkschaften an und 179.000 Arbeitnehmer sind eingetragene Mitglieder der acht Gewerkschaften, die den PGFTU im Gazastreifen bilden. Die Zahl für das Westjordanland umfaßt 130.000 Arbeitnehmer, die zwar als Mitglieder eingetragen sein sollen, aber keine Beiträge gezahlt haben. Die beträchtliche Zunahme der Mitglieder läßt sich zum Teil auf die Tatsache zurückführen, daß ein großer Teil der von Saudi-Arabien, der Liga der Arabischen Staaten und Ägypten in Form von Geld und Nahrungsmittelhilfe geleisteten humanitären Unterstützung über den PGFTU zur Verteilung an seine Mitglieder geleitet wird. Bei Begegnungen mit der Führung des PGFTU in Westjordanland und in Gaza wurde die Mission darüber unterrichtet, daß Gewerkschaftstätigkeiten und Kollektivverhandlungen im Verlauf des letzten Jahres durch die herrschende politische Situation

ernsthaft behindert worden seien. Die Hauptaufgabe in diesen schwierigen Zeiten bestehe darin, Hilfsmittel zu verteilen und die Mitglieder dabei zu unterstützen, eine Arbeit zu finden oder ihre Arbeitsplätze zu behalten. Die Gewerkschaften seien ferner voll damit beschäftigt, die Solidarität zwischen ihren Mitgliedern zu festigen, um zu erreichen, daß Arbeitnehmer, die noch über ein Einkommen verfügten, andere unterstützten, die keine Arbeit hätten.

- 84.** Die PGFTU-Gewerkschaften kümmerten sich aber nicht nur um die Verteilung von Nahrungsmitteln, sondern auch um die „Adoption“ armer Familien durch Saudi-Arabien (5.000 Familien im Westjordanland und im Gazastreifen), das jeder Familie etwa 130 US-Dollar im Monat schickt. Die Gewerkschaften haben ferner durch Verhandlungen erreicht, daß von den Gehältern der für die Regierung tätigen Arbeitnehmer Abzüge vorgenommen werden, die neben Schenkungen und Solidaritätszahlungen von anderen arabischen Gewerkschaften und Landesgewerkschaftsbünden in Europa als Unterstützung an Arbeitnehmer weitergereicht werden. Der Mission wurde mitgeteilt, daß seit dem Beginn der zweiten Intifada bis zum Juni 2002 an 95.000 Arbeitnehmer im Westjordanland und 94.374 in Gaza Zahlungen von jeweils 500 NIS erfolgt seien. Die Gewerkschaften in Gaza konnten durch Verhandlungen eine kostenlosen Krankenversicherung für Arbeitnehmer erreichen. Sie sind auch in Arbeitsbeschaffungsausschüssen vertreten, die nicht nur Arbeitsplätze für Arbeitslose finden, sondern darüber hinaus auch die Arbeitsplätze beschäftigter Arbeitnehmer schützen. So teilte beispielsweise der PGFTU in Gaza der Mission mit, daß es mit Hilfe des Arbeitsbeschaffungsprogramms gelungen sei, für 19.000 Arbeitnehmer Arbeitsplätze in Kommunalbehörden, Ministerien und sogar in der Zentrale des PGFTU zu finden. Auch eine mit den Arbeitnehmern in Gaza getroffene Vereinbarung, wonach der PGFTU 500 NIS der Arbeitnehmerlöhne übernimmt, hat dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu retten und Arbeitgebern die Möglichkeit zu bieten, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Ein kleinerer, aber dennoch bedeutender Erfolg bestand darin, daß der PGFTU in Gaza die Befreiung der Arbeitnehmer von der Zahlung des jährlichen Schulgelds für ihre Kinder erreichen konnte. Der PGFTU teilte der Mission ferner mit, daß zahlreiche Arbeitnehmer, die im Rahmen des von der IAO mit dem PGFTU durchgeführten Programms eine Berufsausbildung erhielten, Arbeitsplätze gefunden hätten. Alle diese Beispiele zeigen, wie die Gewerkschaften die Überlebensstrategien palästinensischer Familien in der Krisensituation unterstützt haben.
- 85.** Palästinensische Arbeitnehmer mit Arbeitsgenehmigungen für Israel könnten von den PGFTU-Gewerkschaften in keiner Weise geschützt oder vertreten werden, obwohl einige von ihnen diesen Gewerkschaften angehörten und bestimmte Mitgliedervorteile in Anspruch nähmen. Um eine Arbeitsgenehmigung zu erhalten, gehe es zunächst darum, von den israelischen Behörden eine Magnetstreifenkarte zu erhalten, was immer schwieriger werde. Palästinensische Arbeitnehmer könnten auch nicht Mitglieder der Histadrut, des wichtigsten israelischen Gewerkschaftsbundes, werden, obwohl sie 1 Prozent ihrer Löhne an die Histadrut als Vertretungsgebühr zahlen müßten. Dafür hätten sie Anspruch auf einige mit Hilfe von Kollektivverhandlungen erreichte Leistungen sowie rechtliche Vertretung, falls ihre Arbeitsrechte verletzt würden. Nach Angabe des PGFTU gebe es zahlreiche Arbeitnehmer mit Arbeitsplätzen in Israel, die wegen der Abriegelungen oder Ausgangssperren nicht in der Lage gewesen seien, sich zu ihren Arbeitsplätzen zu begeben, obgleich sie im Besitz von Arbeitsgenehmigungen gewesen seien. An Kontrollstellen seien sie häufig Schikanen und Beleidigungen durch das israelische Militär ausgesetzt, das es manchmal ablehne, ihre Arbeitsgenehmigungen anzuerkennen. Schwierig sei es auch manchmal, Ansprüche der Arbeitnehmer in bezug auf Löhne, Abfindungen und sonstige Leistungen bei israelischen Arbeitgebern durchzusetzen. Dieses Problem werde noch durch die Abriegelungen erschwert, die es den Arbeitnehmern unmöglich machten, sich mit Anwälten der Histadrut, die sich mit ihren Fällen befaßten, in Verbindung zu setzen. Nach einer vom israelischen Verteidigungsminister im Oktober 2000 erlassenen Verordnung ist es Israelis verboten, die palästinensischen Gebiete zu betreten.

Das israelische Verteidigungsministerium und der Israelische Herstellerverband teilten der Mission mit, daß bis zu 40.000 palästinensische Arbeitnehmer illegal in Israel arbeiteten. Diese illegalen Arbeitnehmer befinden sich gegenüber ihren israelischen Arbeitgebern in einer äußerst verletzlichen Position. Die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer in Israel werden auch künftig ein wichtiges Thema für den Sozialdialog sein.

86. Der PGFTU unterhält kollegiale Beziehungen zur internationalen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem er im Dezember 2002 offiziell beigetreten ist. Dieser Beitritt sollte die Fähigkeiten des PGFTU verstärken, seine Strukturen und seine Verwaltung sowie die Dienstleistungen für seine Mitglieder zu verbessern.
87. Zwischen dem PGFTU und der Führung der Histadrut gab es direkte Verhandlungen, und 1995 und 1997 wurden Vereinbarungen zwischen den beiden Organisationen getroffen. Die erste dieser Vereinbarungen sieht vor, daß die Hälfte der einprozentigen Abgabe, die palästinensische Arbeitnehmer seit 1970 an die Histadrut gezahlt haben, an den PGFTU zurückgezahlt werden; die zweite regelt die Modalitäten der rechtlichen Vertretung palästinensischer Arbeitnehmer in Israel, wofür die andere Hälfte des einprozentigen Beitrags herangezogen wird. Was die Vereinbarung von 1995 über die Rückzahlung der Hälfte des Beitrags betrifft, so sind bisher etwa 2 Millionen US-Dollar von insgesamt 6 Millionen US-Dollar an den PGFTU zurückgezahlt worden. Im November 2000 hat jedoch der israelische Finanzminister entschieden, daß alle künftigen Zahlungen der Histadrut an den PGFTU bis auf weiteres einzustellen seien.
88. Der Vorsitzende der Histadrut erklärte gegenüber der Mission, er lege großen Wert darauf, daß diese einzigartigen Vereinbarungen wieder in Kraft gesetzt und in vollem Umfang durchgeführt würden. Die Histadrut strebe auch eine Verstärkung ihrer Zusammenarbeit mit dem PGFTU bei der Veranstaltung gemeinsamer Seminare und Arbeitskreise zur Behandlung praktischer Fragen der künftigen Zusammenarbeit sowie bei der Teilnahme an solchen Veranstaltungen an.
89. Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Sozialpartner in den besetzten Gebieten nicht in der Lage waren, ihre eigentlichen Aufgaben in der Krisensituation wahrzunehmen. Statt dessen mußten sie ihre Tätigkeiten einschränken und sich vorrangig mit humanitärer Hilfe befassen. Dies ist durchaus lobenswert. Die technische Zusammenarbeit der IAO wird sich jedoch darauf konzentrieren müssen, die künftige Rolle der dreigliedrigen Partner auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit Palästinas zu stärken.

III. Entwicklungshilfe in den besetzten Gebieten

Von humanitärer Hilfe zu Entwicklungshilfe: Eine Schwergewichtsverlagerung

90. Die öffentliche Entwicklungshilfe für die besetzten Gebiete und die Palästinensische Behörde hat seit dem Jahr 2000 rasch zugenommen. Im Jahr 2002 erreichten die Gesamtauszahlungen der Geber 1,1 Milliarden US-Dollar – mehr als das Doppelte des Betrags im Jahr 1999. Mit 355 US-Dollar pro Person war die Pro-Kopf-Geberunterstützung im Jahr 2002 die höchste der Welt, dicht gefolgt von Israel, dem ein hohes Niveau der Geberhilfe zugute kommt (128 US-Dollar pro Person im Jahr 2000, Weltbank, 2003b).
91. Ein Großteil der Steigerung der Entwicklungshilfe entfiel auf humanitäre Nothilfe sowie auf Haushaltsunterstützung für die Palästinensische Behörde. Nach Berichten des UNSCO hat sich das Verhältnis zwischen Nothilfe und Entwicklungshilfe umgekehrt (von 1:7 im

Jahr 2000 zu 5:1 im Jahr 2002), da die meisten Geber ihre Beiträge für Notfalloperationen erhöht haben. Eine Fachbewertungsmission der Vereinten Nationen im Jahr 2002 empfahl u.a. die Einführung eines massiven Notbeschäftigungsprogramms, um die Kaufkraft der in wirtschaftlicher Not lebenden Palästinenser durch eine Verbindung von zeitweiligen und dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten zu steigern, und die Fähigkeit der palästinensischen Institutionen, der armen Bevölkerung Notbeschäftigungsdienste zu leisten, zu erhöhen (Vereinte Nationen, 2002). Mehrere Geber, darunter die Weltbank, UNDP und UNRWA, haben eine Reihe von Maßnahmen zu diesem Zweck ergriffen.

92. Humanitäre Hilfe wurde dringend benötigt, um das menschliche Leid während der fortschreitenden Krise zu lindern. Dennoch sind sich die Geber stark der Tatsache bewußt, daß es einer Schwergewichtsverlagerung von Nothilfe zu Entwicklungshilfe bedarf, um die Wirtschaft in den besetzten Gebieten zu stärken. Auf seiner Tagung im Februar 2003 unterstrich der Ad-hoc-Verbindungsausschuß (AHLC), in dem Norwegen und die Europäische Union unter breiter Beteiligung der Gebergemeinschaft gemeinsam den Vorsitz führen, die Notwendigkeit einer langfristigen Entwicklungshilfe. Hervorgehoben wurde Unterstützung für die Reform der palästinensischen Institutionen im Hinblick auf die Schaffung von Rechenschaftspflicht, die Stärkung der Demokratie und die Förderung einer funktionierenden Marktwirtschaft. Die Gebergemeinschaft bekräftigte ihre Unterstützung für die palästinensischen Reformbemühungen und lobte das palästinensische Reformengagement. Die Geber wiesen jedoch auch eindeutig darauf hin, daß eine beträchtliche Anzahl bedeutender Reformmaßnahmen unmittelbar oder mittelbar von den israelischen Aktionen betroffen werden, und forderten Israel nachdrücklich auf, die palästinensischen Reformbemühungen zu unterstützen, insbesondere durch eine Lockerung der Beschränkungen des Personen- und Warenverkehrs.

Laufendes IAO-Programm der technischen Zusammenarbeit

93. Es sind konkrete Schritte zur Verwirklichung des verstärkten IAO-Programms der technischen Zusammenarbeit für die besetzten arabischen Gebiete unternommen worden, das der Generaldirektor auf der 90. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2002 vorgeschlagen hat und das vom Verwaltungsrat gebilligt worden ist (IAA, 2003a; es muß darauf hingewiesen werden, daß das Dokument nur die besetzten palästinensischen Gebiete betrifft). Dieses Programm umfaßte eine Reihe von Projekten für den Kapazitätsaufbau der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Arbeitsministeriums; die Einrichtung eines palästinensischen Beschäftigungs- und Sozialschutzfonds (der Fonds) und die Förderung des sozialen Dialogs als Voraussetzung für den Frieden.
94. Zusätzlich zu den 603.000 US-Dollar, die der Generaldirektor zur Erfüllung der wesentlichen unmittelbaren Bedürfnisse der palästinensischen Mitgliedsgruppen bereitgestellt hat, bewilligte der Verwaltungsrat im November 2002 einen weiteren Betrag in Höhe von 800.000 US-Dollar aus dem Haushaltsüberschuß 2000-01, womit sich der Gesamtbeitrag der IAO aus ihren eigenen Mitteln auf 1,4 Millionen US-Dollar erhöhte, mit denen größtenteils die Einrichtung des Fonds unterstützt wird.
95. Im Verband der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) ist eine Förderungs-, Ausbildungs- und Dienstleistungsabteilung für Kleinbetriebe eingerichtet worden; im Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) ist ein Arbeiterbildungsprojekt eingerichtet worden; und drei Projekte beim Arbeitsministerium erstrecken sich auf Kapazitätsaufbau, ein Arbeitsmarktinformationssystem sowie die Ausbildung für bessere Qualifikationen.

Kasten 2.

Koordinierung der Entwicklungshilfe im Westjordanland und im Gazastreifen:

Bericht der Fachbewertungsmission der Vereinten Nationen

Die Architektur der Entwicklungshilfekoordinierung im Zusammenhang mit der Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten (siehe Anhang II dieses Berichts) ist sehr komplex, nicht nur international, sondern auch lokal.

Traditionell wurden Fragen der technischen Koordinierung an die für die Planung und Überwachung der langfristigen Entwicklung zuständigen Sektor-Arbeitsgruppen (SWG) des Lokalen Hilfekoordinierungsausschusses (LACC) übertragen. Sie sind seit September 2000 an den Gesamtanstrengungen zur Bewältigung der Krise beteiligt, und in mehreren Fällen (z.B. Gesundheit und Wasser) haben sie ihre langfristige strategische Planungs Kapazität aufrechterhalten und verbessert.

Sowohl während der Mission der Persönlichen Humanitären Abgesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen im August 2002 als auch während der Fachbewertungsmission der Vereinten Nationen im Oktober 2002 betonten die Gesprächspartner in der Region die Notwendigkeit, die Koordinierungsmechanismen in mehreren spezifischen Bereichen zu stärken.

Infolgedessen schlug die letztgenannte Mission in ihrem Bericht einen Koordinierungsmechanismus vor, der auf den bestehenden Strukturen aufbauen und diese gleichzeitig straffen würde.

Zweck des vorgeschlagenen Koordinierungsmechanismus ist es, einen Rahmen für Interaktion und Informationsaustausch, kooperative Planung, die Abschätzung der Bedürfnisse und die Beurteilung der Fähigkeit, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, sowie die Durchführung und Evaluierung der Unterstützungstätigkeiten weit über die humanitäre Krise hinaus bereitzustellen. Er soll ferner dazu dienen, die Diskussion wesentlicher grundsatzpolitischer Fragen und kohärenter Antworten auf die Bedürfnisse der Palästinenser zu fördern.

Die Persönlichen Humanitären Abgesandten des Generalsekretärs empfahlen auch, daß der UNSCO Mechanismen einrichten soll, die eine umfassende Verfolgung der Einhaltung der gegenüber den Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtungen und entsprechende Folgemaßnahmen ermöglichen. Infolgedessen hat der UNSCO eine Verpflichtungsverfolgungsmatrix entwickelt, in der die Verpflichtungen an eine Reihe überprüfbarer Bezugsmarken gekoppelt sind. Ein solches Engagement kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden, einschließlich durch das Quartett und lokal durch die Arbeitsgruppe für die Projektdurchführung (TFPI).

Auch den Gebern wird im Rahmen des im Fahrplan vorgesehenen Überwachungsmechanismus, der die Koordinierung verbessern und sich auf die Sicherheit, politische Fragen einschließlich der Siedlungen, institutionelle Reformen sowie humanitäre und sozioökonomische Fragen konzentrieren wird, eine Rolle zufallen.

Quelle: Vereinte Nationen, 2002 und 2003c.

96. Außerdem führt die IAO mit Sondermitteln weiterhin die folgenden laufenden Projekte der technischen Zusammenarbeit durch ⁷:

- Zentrum für berufliche Rehabilitation Sheikha Fatima für Behinderte und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen, Hebron (von den Vereinigten Arabischen Emiraten finanziert);
- Errichtung des Zentrums für berufliche Rehabilitation Sheikh Khalifa, Nablus (von den Vereinigten Arabischen Emiraten finanziert);
- technische Unterstützung des PGFTU (von der Italienischen Vereinigung der Arbeiterbanken finanziert).

⁷ Das Projekt „Nationales Unterstützungsprogramm für die Entwicklung von Jugendlichen und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit im Westjordanland und in Gaza“, das im Jahr 2001 zur Finanzierung genehmigt wurde, bedarf einer weiteren Bewertung.

97. Im September 2002 führte ein hoher Berater der IAO eine Bewertung der Rolle des Arbeitsministeriums durch, die eine Unterstützung des Ministers in den folgenden Bereichen empfahl: i) Entwicklung eines besseren Verständnisses der Rolle und Ziele des Arbeitsverwaltungssystems; ii) Festlegung der Strategie, die anzunehmen ist, um ein System zu entwickeln, das die wirtschaftliche Entwicklung in einem klaren und transparenten Rechtsrahmen verstärkt; iii) Beteiligung der Sozialpartner und Entwicklung von Beziehungen zu anderen Ministerien, um sozialpolitische Maßnahmen im Rahmen eines multidisziplinären Ansatzes zu behandeln; und iv) Verwirklichung der entsprechenden Strategie durch eine Struktur, die den grundlegenden Erfordernissen des Arbeitsministeriums Rechnung tragen würde (IAO, 2002).
98. Zur Zeit werden konkrete Projekte für den Kapazitätsaufbau durchgeführt, darunter die folgenden:
- a) Es ist eine interne Arbeitsgruppe, der Experten und Wissenschaftler sowie hohe Beamte des Ministeriums angehören, eingerichtet worden, um den Minister beim Prozeß der Umstrukturierung des Ministeriums weiter zu beraten, sowohl zentral als auch auf Distriktebene;
 - b) Die obenerwähnten Projektstätigkeiten betreffend Arbeitsmarktinformationssysteme und bessere Qualifikationen für eine bessere Zukunft sind an die Erfordernisse des Arbeitsministeriums angepaßt worden;
 - c) Die technische Zusammenarbeit der IAO hat auch entscheidend zur Stärkung der Funktionen und Ämter des Arbeitsministeriums beigetragen, insbesondere durch die Definition einer palästinensischen Beschäftigungsstrategie, deren Elemente auch im Fall eines Übergangs von Notstandsprogrammen zu nachhaltiger Beschäftigung gültig bleiben. Die IAO hat zur Einrichtung von 17 Arbeitsämtern im Westjordanland und in Gaza und zur Ausbildung ihres Personals beigetragen.

Künftige IAO-Unterstützung

99. Der Fahrplan, die palästinensische Reformagenda und die Geberprioritäten lassen auf die Stärkung der palästinensischen Institutionen, der Demokratie und einer leistungsfähigen Marktwirtschaft in den besetzten Gebieten schließen. In vielerlei Hinsicht handelt es sich dabei um miteinander verbundene Fragen, die umfassend angegangen werden müssen. Innerhalb dieser allgemeinen Agenda gibt es eine Reihe wichtiger Angelegenheiten, die die Arbeit, die Beschäftigung und den sozialen Schutz betreffen und die für die Mitgliedsgruppen der IAO von unmittelbarer Bedeutung sind. Die IAO muß ihr Programm der technischen Zusammenarbeit im Kontext neuer Entwicklungen unbedingt neu definieren. In erster Linie geht es um die Stärkung des palästinensischen Arbeitsministeriums und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, was im Einklang mit dem Unterstützungsprogramm steht, das die IAO in den letzten Jahren entwickelt hat. Eine Reihe wichtiger Bereiche bedürfen jedoch weiterer Aufmerksamkeit. Diese werden unten kurz beschrieben.

Palästinensischer Beschäftigungs- und Sozialschutzfonds

100. Eine Durchführbarkeitsstudie über die Einrichtung des Palästinensischen Beschäftigungs- und Sozialschutzfonds (der Fonds) ist von der IAO nach Überprüfung und Vergleich der Erfahrungen 30 verschiedener Fonds in der Welt und nach Anhörung der Hauptakteure in den Gebieten durchgeführt worden (IAO, 2003b). Die Durchführbarkeitsstudie zeigte, daß Ansätze von unten nach oben bei der Schaffung eines palästinensischen Programms für nachhaltige Beschäftigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, das an die Marktwirtschaft gekoppelt ist und auf die Förderung eines dynamischen privatwirtschaftlichen Sektors abzielt, möglich sind.

- 101.** Die IAA-Mission hat umfassende Konsultationen über künftige Schritte zur Einrichtung des Fonds abgehalten. Die Palästinensische Behörde hat ein Dekret erlassen, mit dem der Fonds formell eingerichtet wird, und für Mai 2003 ist eine Zusammenkunft aller betroffenen Akteure (die zuständige Ministerien der Palästinensischen Behörde und die Sozialpartner, PECDAR, UNDP, UNSCO, die Weltbank, das Quartett und Gebervertreter) vorgesehen, um Unterstützung für den Fonds zu mobilisieren.

Kapazitätsaufbau im Arbeitsministerium

- 102.** Dem Arbeitsministerium kommt bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung und der Förderung menschenwürdiger Beschäftigung eine wichtige Rolle zu. Viel ist schon getan worden, und zu den bisherigen Leistungen gehört nicht zuletzt die Annahme eines neuen palästinensischen Arbeitsgesetzbuchs. Es muß aber noch viel mehr erreicht werden, wenn das Ministerium bei der palästinensischen Reformagenda und bei der wirtschaftlichen Erholung und der sozialen Entwicklung die ihm zukommende Rolle in vollem Umfang wahrnehmen soll.
- 103.** In den folgenden drei Bereichen sollte die IAO ihre technische Unterstützung für das Arbeitsministerium verstärken, um ihm technisches Fachwissen und Ausbildung zu vermitteln:
- Die Ausarbeitung arbeitsrechtlicher Vorschriften erfordert spezielles Fachwissen in verschiedenen Bereichen, darunter Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen.
 - Die Förderung eines umfassenden sozialen Dialogs über wesentliche Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialschutzfragen erfordert sowohl die Fähigkeit zur Führung eines sozialen Dialogs als auch Fachwissen in technischen Fragen wie Lohnpolitik, Beschäftigungsbedingungen, Ausbildungspolitik und Jugendbeschäftigung.
 - Im Verlauf der Mission wurde die IAO gebeten, der Palästinensischen Behörde bei der Gestaltung eines Systems der Sozialen Sicherheit für Arbeitnehmer des privaten Sektors zu helfen. Im Vorfeld der Einrichtung eines solchen Systems sind eine Bedarfsabschätzungsmission und ein Arbeitsseminar geplant.
- 104.** Zusätzlich dazu ist die IAO erneut gebeten worden, einen Dialog zwischen den Palästinensern und den Mitgliedsgruppen in Israel über die von den palästinensischen Arbeitnehmern in Israel erworbenen Sozialversicherungsansprüche zu erleichtern.

Kapazitätsaufbau in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden

- 105.** Die palästinensischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stehen vor drei großen Herausforderungen:
- demokratische Vertretung;
 - professionelle Dienstleistungen für die Mitglieder;
 - technische Fähigkeit zur Beteiligung am dreigliedrigen grundsatzpolitischen Dialog.
- 106.** Eine verstärkte Beteiligung der palästinensischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände an den grundsatzpolitischen Diskussionen über wirtschaftliche Erholung, soziale Entwicklung und Arbeitsbedingungen ist unerlässlich. Dies ist Bestandteil der umfassenderen institutionellen Reformagenda. Damit dies geschehen kann, müssen die repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ihre jeweiligen Institutionen in bezug auf die oben erwähnten drei Punkte stärken. Internationale Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände könnten dabei behilflich sein, sie auf dem Weg zur demokratischen Vertretung zu

führen. Über ihre technische Unterstützung und ihre Ausbildungsprogramme und -einrichtungen sollte die IAO die Sozialpartner in die Lage versetzen, einen Stamm geschulter Mitarbeiter aufzubauen, die über die Fähigkeit verfügen, die notwendigen Dienstleistungen für die Mitglieder zu entwickeln und sich an fachlichen grundsatzpolitischen Diskussionen zu beteiligen. Die IAO sollte auch die Zusammenarbeit und Unterstützung seitens Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden aus anderen Ländern fördern, die ihren palästinensischen Pendanten helfen wollen.

Schlußfolgerungen

- 107.** Im Berichtszeitraum hat sich die Lage in den besetzten arabischen Gebieten weiter erheblich verschlechtert. Die Sicherheit der Menschen, die Rechte bei der Arbeit, die Einkommen, der Zugang zu Beschäftigung und sozialem Schutz sind ständig gefährdet. Die Krise ist auch in Israel stark spürbar, wo die Wirtschaftsrezession durch die Sorge über die Sicherheit noch verschlimmert wird. Und die Auswirkungen der Rezession in Israel verschärfen ihrerseits die Krise in den besetzten Gebieten in Anbetracht ihrer starken Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft. Eine Lockerung der Abriegelungen und anderer Maßnahmen in den ersten Monaten des Jahres 2003 hat möglicherweise zu einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau des Tempos der wirtschaftlichen Verschlechterung in den besetzten Gebieten geführt. Dies zeigt ganz klar, wie wichtig es ist, dem Abwärtstrend Einhalt zu gebieten und eine dringend benötigte Verbesserung der Existenzgrundlagen der Menschen, Arbeitnehmer und ihrer Familien in den besetzten arabischen Gebieten herbeizuführen.
- 108.** Bei der Beurteilung der Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog und konstruktive Maßnahmen ist sich die Mission stets der Verknüpfung zwischen politischen und sozialen Faktoren bewußt gewesen, die sich auf die Lage in den besetzten arabischen Gebieten und in Israel auswirken. Die Sicherheit in Israel kann nicht von der Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten getrennt werden. Und die weitere dramatische Zunahme der absoluten Armut während des vergangenen Jahres mahnt uns an die in der Erklärung von Philadelphia, die der Verfassung der IAO beigefügt ist, enthaltene Warnung, daß „Armut, wo immer sie besteht, den Wohlstand aller gefährdet“.
- 109.** Die IAO wird weiterhin Maßnahmen treffen, um ihr Programm der technischen Zusammenarbeit zur Schaffung dauerhafter Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Reform der Arbeitsinstitutionen zu stärken. Sie ist dem Aufruf gefolgt, die Nothilfe zugunsten der Entwicklungshilfe umzulenken, indem sie kontinuierliche technische Zusammenarbeit bereitstellt.
- 110.** Der Fahrplan, den die Mitglieder des Quartetts Anfang Mai 2003 den Parteien vorgelegt haben, verleiht den politischen Verhandlungen neuen Schwung. Er legt ein breites Spektrum von Maßnahmen dar, die Sicherheits-, institutionelle und wirtschaftliche Aspekte umspannen. Die IAO ist gebeten worden, ihre technische Unterstützung für institutionelle Reformen im Arbeits-, Beschäftigungs- und Sozialschutzbereich beizusteuern. Mit Hilfe eines gesunden sozialen Dialogs können die vielen Reformen vorbereitet und begleitet werden, die erforderlich sind, damit sich die Wirtschaft erholt und die palästinensischen Arbeitnehmer Rechte bei der Arbeit und produktive und entlohnte Beschäftigungsmöglichkeiten und sozialen Schutz erhalten. Ein solcher Dialog hängt von einer Verbesserung der allgemeinen Lage ab. Er erfordert auch die Verwirklichung von Reformen zur Stärkung der Sozialpartner. Der Beitrag, den die IAO zu diesen Reformen leisten kann, wird in diesem Bericht dargelegt. Die Möglichkeiten für einen echten Dialog unter den Mitgliedsgruppen beider Konfliktparteien sind vorhanden. Die IAO wird sich weiterhin um eine Erleichterung dieses Dialogs bemühen, der ein Schlüsselement der umfassenderen politischen Diskussionen im Rahmen des Fahrplans darstellt.

Quellennachweis

- Abdeen, Ziad; Greenough, Gregg; Shahin, Mohammad; Tayback, Matthew. 2002. *Nutritional Assessment of the West Bank and Gaza Strip*. Al Quds University, Johns Hopkins University, USAID und Care International, unter: www.usaid.gov
- Bank von Israel. 2002. *Annual Report*, unter: www.boi.gov.il
- B'Tselem (Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten). 2003a. *Fatalities in the Al Aqsa Intifada: 29 Sep. 2000-11 May 2003*, unter www.btselem.org
- . 2003b. *House demolitions – Statistics*, unter: www.btselem.org
- . 2003c. *Administrative detention – Statistics*, unter: www.btselem.org
- . 2002. *Land grab: Israel's settlement policy in the West Bank*. Mai, unter: www.btselem.org
- Statistisches Zentralamt. 2002. *Statistical Abstract of Israel 2002*, Nr. 53, unter: www.cbs.gov.il
- Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT). 2003. *Presentation to the ILO Committee* (unveröffentlicht). Mai.
- Darcy, Shane. 2003. *Israel's punitive house demolition policy: Collective punishment in violation of international law*. Ramallah, Al-Haq.
- Vereinigung der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FCCIA). 2002. *Palestinian economy: Israeli economic policies and collective punishments and their impacts*.
- Haaratz Magazine*. 2003. "Apartheid wall", von Gideon Levy. 2. Mai.
- IAA. 2003a. *Enhanced programme of technical cooperation for the occupied Arab territories*, Verwaltungsratsdok. GB/286/8, 286. Tagung, Genf, März.
- . 2003b. "Palestinian Fund for Employment and Social Protection". Vorkopie, 23. Febr. (unveröffentlicht).
- . 2002. "Assessment of the role and functions of the Ministry of Labour of the Palestinian Authority". Ramallah. 8.-15. Sept. (unveröffentlicht).
- . 2000. *Final report of the ILO multidisciplinary mission to the West Bank and Gaza*, 31. Jan. to 11. Feb.
- Informeller Ad-hoc-Verbindungsausschuß. 2003. *Chair's Summary*. London, 18.-19. Febr.
- Internationaler Währungsfonds (IMF). 2003. *Israel: 2002 Article IV Consultation – Staff Report*. Country report No. 03/75. März, unter: www.imf.org
- Jerusalem Post*. 2003. "Mofaz dismantles empty outpost" von Towa Lazaroff. 28. Apr.
- Lokaler Hilfe-Koordinierungsausschuß (LACC). 2003. *The impact of Israel's separation barrier on affected West Bank communities*. 4. Mai, unter: www.reliefweb.int

- Israelischer Herstellerverband, Abteilung Wirtschaftsfragen. 2003. *The Israeli economy*. Vortrag vor der Mission der IAO (unveröffentlicht).
- Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen in den besetzten Gebieten (UNSCO). 2003. *Briefing by the United Nations Special Coordinator, Mr. Terje Roed-Larsen, to the Security Council*. 19. März.
- . 2002. *The impact of closures and other mobility restrictions on Palestinian productive activities*, 1. Jan. 2002 bis 30. Juni 2002, unter: www.arts.mcgill.ca/mepp/unsco/unfront.html
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2003a. *Labour Force Survey results*, unter: www.pcbs.org
- . 2003b. *Consumer Price Index*, unter: www.pcbs.org
- . 2002. *Statistical Abstract of Palestine*, Nr. 3. Ramallah.
- Sham el-Sheikh Fact-Finding Committee. 2001. *Final Report*. Außenministerium der Vereinigten Staaten. 30. Apr., unter: usinfo.state.gov/regional/nea/mitchell.htm
- The Economist*. 2003. "Israel's security barricade: Walling them in" 29. März bis 4. Apr.
- Vereinte Nationen. 2003a. *Report of the Special Rapporteur of the Commission on Human Rights, Mr. John Dugard, on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied by Israel since 1967*. Menschenrechtskommission, 59. Tagung, Dok. E/CN.4/2003/30. 17. Dez., unter: domino.un.org/unispal.nsf
- . 2003b. *Secretary-General "deeply concerned" by Israel's air attack in Gaza*. Pressemitteilung SG/SM/8663, PAL/1941. 9. April, unter: domino.un.org/unispal.nsf
- . 2003c. Sicherheitsratsdokument S/2003/529. 7. Mai. Anhang: "A performance-based road map to a permanent two-State solution to the Israeli-Palestinian conflict".
- . 2002. *Humanitarian Plan of Action 2003: Occupied Palestinian territory*. Nov. (Annex I: Recommendations made by the Secretary-General's Personal Humanitarian Envoy), unter: www.reliefweb.int
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). 2003a. *Humanitarian updates*, unter: www.reliefweb.int
- . 2003b. *West Bank population under curfew between 17 June 2002 and 7 May 2003*, unter: www.reliefweb.int
- Außenministerium der Vereinigten Staaten. 2002. *Israel and the occupied territories. Country reports on human rights practices*, unter: www.state.gov
- World Bank. 2003a. *Two years of intifada, closures and Palestinian economic crisis: An Assessment*. 5. März, unter lnweb18.worldbank.org
- . 2003b. *World Development Report 2003: Sustainable development in a dynamic world – Transforming institutions, growth, and quality of life*. Washington, D.C. and New York. Weltbank und Oxford University Press.
- . 2002. *Long-term policy options for the Palestinian economy*. Juli, unter lnweb18.worldbank.org

Anhang I

Verzeichnis der Gesprächspartner

Al-Haq, Westjordanland

Nasser Al-Rayyes, Rechtswissenschaftler
Hanna Amer, Rechtsanwältin
Omar Jubran, Koordinator für Feldforschung
Rafeef Mujahed, Rechtsanwältin

Universität Al-Quds, Jerusalem

Anwar Abu Eisheh, Professor für Zivilrecht an der Universität Al-Quds und Präsident der *Association d'Échanges Culturels Hébron-France*

Israelischer Bauunternehmerverband

Uri Rubin, Vorsitzender, Arbeitsausschuß, Vorsitzender des Vorstands, HKB

Vereinigung für Arbeitsbeziehungen (AIR), Israel

Ozer Carmi, Professor für Arbeitsbeziehungen

Universität Birzeit, Westjordanland

Mudar Kassis, Institut für Rechtswissenschaft

Schwedisches Generalkonsulat, Jerusalem

Johan Brisman, Konsul, Stellvertretender Vorsitzender der Sektoralen Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen, Lokaler Hilfe-Koordinierungsausschuß (LACC)

Koordination von öffentlichen Tätigkeiten, Israel

Camil Abu Rukun, Stellvertretender Koordinator öffentlicher Tätigkeiten im Gazastreifen und Westjordanland

Koordination von Regierungstätigkeiten, Israel

Lt. Col. Isaac Gurvich, Leiter der Wirtschaftsabteilung

Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte (DWRC), Ramallah

Hasan Barghouthi, Direktor

Israelischer Bauernverband

Eli Korah, Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsausschusses

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Jerusalem

Ahmed Hashem Alzughair, Präsident

Abdul Rahman Abu Leil, Generalsekretär
Amin Beidoun, Wirtschaftsabteilung
Ali Muhana, Assistent des Generalsekretärs

Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer von Gaza

Mohammed Al-Qudwah, Präsident der Handelskammer und Gouverneur von Gaza

Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund (Histadrut)

Amir Peretz, M.K., Vorsitzender
Mirabelle Gazit, Rechtsanwältin, Rechtssektion der Gewerkschaftsabteilung
Avital Shapira, Direktor für internationale Tätigkeiten und internationale Beziehungen
Noam Sheffer, Leiter der Abteilung Marketing, Kommunikation and internationale Beziehungen
Yousef Kara, zuständig für internationale Beziehungen

Israelisches Institut für Arbeitsschutz

Menachem Schwartz, Direktor

Clubs Federation Jerusalem

Jawad K. Abu Gharbieh, Direktor

Israelischer Herstellerverband

Joseph Gattegno, Rechtsanwalt, Leiter der Abteilung Arbeit und Humanressourcen
Daphna Nitzan-Aviram, Leiterin der Hauptabteilung Wirtschaftsforschung und -strategie, Wirtschaftsddivision

Verteidigungsministerium, Israel

Maj. Daniel Beaudouin, Stellvertretender Leiter, Abteilung Auslandsbeziehungen

Israelisches Außenministerium

David Granit, Botschafter, Direktor der Abteilung Internationale Organisationen
Gershon Gan, Direktor der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Eli Ben Toura, Abteilung Internationale Organisationen

Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten, Israel

Eli Paz, Stellvertretender Generaldirektor
Yekoutiel Sabah, Leiter der Abteilung Strategische Planung
Wirtschafts- und Handelsministerium der Palästinensischen Behörde
Maher Masri, Minister
Saab Bamyra, Generaldirektor, Generaldirektorium Internationale Beziehungen

Finanzministerium der Palästinensischen Behörde

Salam Fayyad, Minister

Arbeitsminister der Palästinensischen Behörde

Ghassan Khatib, Minister

Ghazi Khalili, Direktor der Abteilung Planung und Informatik

Haneen Jabir, Assistentin des Ministers

Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit (MOPIC) der Palästinensischen Behörde

Jihad K. Alwazir, Stellvertretender Minister

Ahmed Soboh, Botschafter, Assistent des Ministers für internationale Zusammenarbeit

Samia Bamia, Direktorin der Hauptabteilung Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Ahmed Suhail, Beauftragter für Beziehungen zur IAO, den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen

Ministerium für Sozialangelegenheiten der Palästinensischen Behörde

Intisar Al-Wazir, Ministerin

Handels- und Industriekammer von Nablus

Ma'az M. Nabulsi, Präsident

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozeß im Nahen Osten (UNSCO), Gaza

Michael Keating, Direktor, Unterstützung und sozioökonomische Angelegenheiten

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Ayesh Ebaad, Vorsitzender der Gewerkschaft der Bauarbeiter und Zimmerleute

Tariq Al Hindi, Vorsitzender der Gewerkschaft landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, Sekretär des PGFTU

Abdul Raoul Mahdi, Sekretär für internationale Beziehungen des PGFTU

Zaki Khalil, Vorsitzender der Gewerkschaft der Textilarbeiter, Schatzmeister des PGFTU

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Rabah Dawood, Gewerkschaft der Bauarbeiter und Zimmerleute

Amneh Qadi, Abteilung für Frauenfragen

Fozam Owedah, Gewerkschaft der Bauarbeiter und Zimmerleute

Ra'ed Abu Sabra, Präsident der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

Sa'eed Jee'an, Gewerkschaft der Bauarbeiter und Zimmerleute

Muhammad Dala', Landwirtschafts- und Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft

Atef Sa'ed, Journalist, Berater, PGFTU

Naser Younis, Präsident, Transportarbeitergewerkschaft

Issam Wahba, Abteilung Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi F. Abdul Hadi, Leiter

Palästinensische Behörde

Yasser Arafat, Präsident

Palästinensische Behörde, Verwaltungsbezirk Gaza

Mohammed Al-Qudwah, Präsident der Handelskammer und Gouverneur von Gaza

Aseel Shrourou, Direktorin für Frauenangelegenheiten

Said Shaath, Direktor für internationale Angelegenheiten

Palästinensischer Unternehmerverband (PBA)

Mohamed Masrouji, Präsident

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Hamdi Al-Khawaja, Direktor des Büros des Präsidenten

Sufian Awad Daghra, Generaldirektor für Wirtschaftsstatistik

Mahmoud Jaradat, Generaldirektor für Bevölkerungs- und Sozialstatistik

Saleh Kafri, Direktor der Abteilung Arbeitsstatistik

Loay Shabaneh, Assistent des Präsidenten für Statistische Angelegenheiten

Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte

Raji Sourani, Rechtsanwalt, Direktor

Palästinensischer Wirtschaftsrat für Entwicklung und Wiederaufbau (PECDAR)

Mohammad Shtayyeh, Geschäftsführender Direktor

Palästinensische Rothalbmundgesellschaft

Haidar Abdel Shafi, Präsident

Qalqiliya, Westjordanland

Maa'rouf Zahran, Bürgermeister

Vertretungsbüro Norwegens bei der Palästinensischen Behörde

Nils Ragnar Kamsvåg, Botschafter

Jens Mjågedal, Botschaftsrat

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Timothy Rothermel, Sonderbeauftragter des Administrators des UNDP-Hilfsprogramms für das palästinensische Volk (UNDP/PAPP)

Lana J. Abu-Hijleh, Stellvertretende residierende Vertreterin, Leiterin der Dienststelle Umwelt und Infrastruktur, UNDP/PAPP

Khaled Abdel Shafi, Leiter des Büros in Gaza, UNDP/PAPP

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Karen Koning AbuZayd, Stellvertretende Generalbeauftragte

Christer Nordahl, Stellvertretender Direktor von UNRWA in Gaza

Alex Pollock, Leiter, Programm Mikrofinanzierung und Mikrobetriebe

Andrew Whitley, Direktor, Hauptabteilung Außenbeziehungen

Weltbank, Jerusalem

Nigel Roberts, Landesdirektor, Abteilung Westjordanland und Gaza

Treffen im Golan

Majd Abu Saleh, Angehöriger der arabischen Gemeinschaft

Taher Abu Saleh, Angehöriger der arabischen Gemeinschaft

Kenj Abu Saleh, Angehöriger der arabischen Gemeinschaft

Treffen in Jerusalem

Chris August, Generaldirektor, Palestinian Banking Corporation

Treffen in Damaskus, Arabische Republik Syrien

Ghada Al Jabi, Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Walid Al Muallem, Stellvertretender Außenminister

Nawaf Al Faresse, Gouverneur von Quneitra

Hacene Djemam, Generalsekretär des Internationalen Bundes arabischer Gewerkschaften (ICATU)

M. Shaban Azzouz, Präsident des Allgemeinen Bundes der Gewerkschaften der Arabischen Republik Syrien

M. Khaled Moree, Sekretär für Arbeitsangelegenheiten, Allgemeiner Bund der Gewerkschaften der Arabischen Republik Syrien

Haytham Al-Yafi, Mitglied der Geschäftsleitung, Handelskammer Damaskus

Tarek Akkash, Direktor für internationale Beziehungen, Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Rakan Ibrahim, Direktor für Arbeitsfragen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Zouka Al Jabi, Direktorin des Büros des Ministers für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Treffen in Kairo, Ägypten

Ahmad El-Amawy, Minister für Beschäftigungsfragen und Migration

Khalid El-Defrawy, Manager, Abteilung Kreditportefeuille-Qualität, Sozialfonds für Entwicklung

Hussein El-Gammal, Former Managing Director, Sozialfonds für Entwicklung

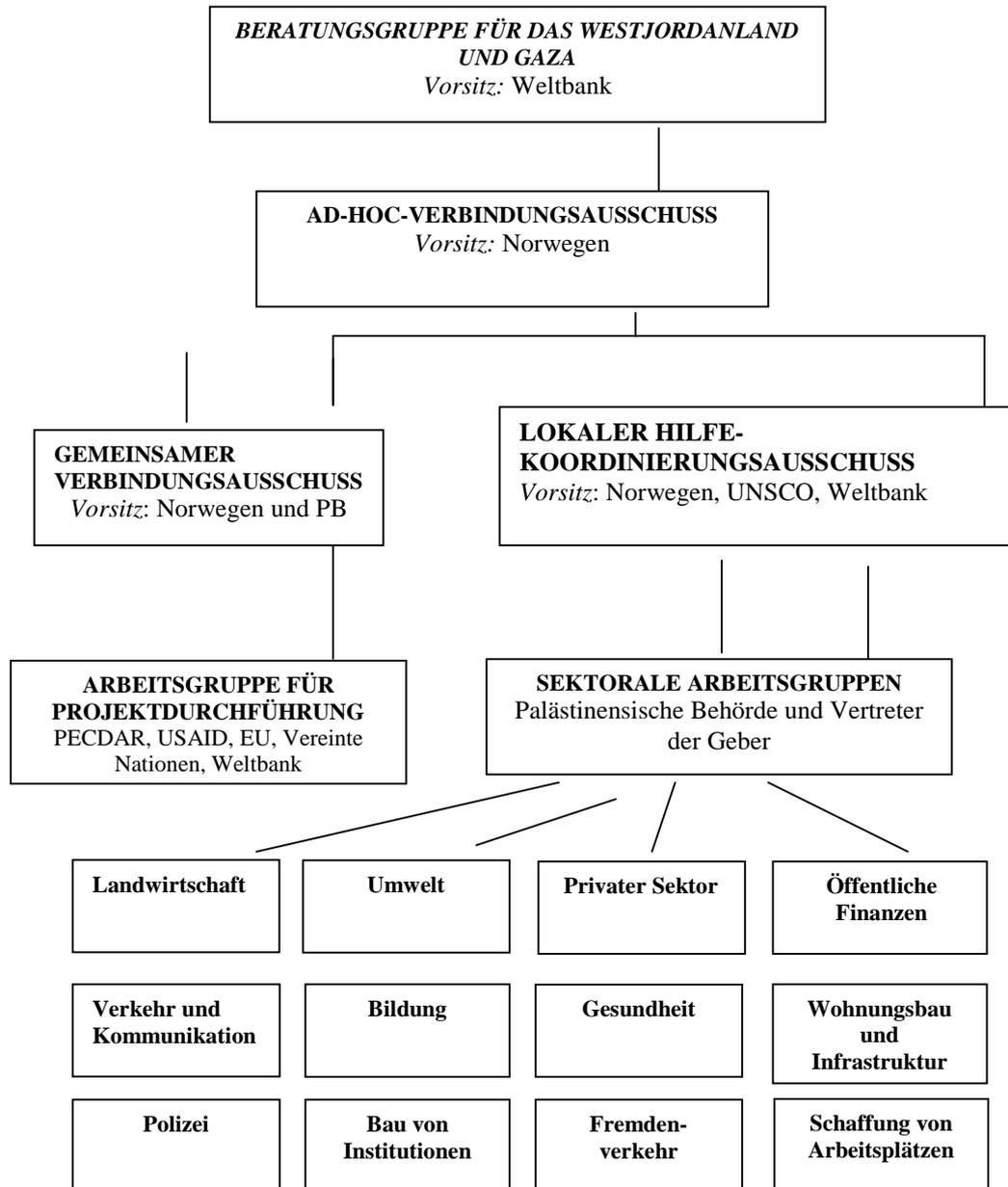
Said Kamal, Stellvertretender Generalsekretär für palästinensische Angelegenheiten, Liga der arabischen Staaten

Gihan Khalid Sultan, Zweite Sekretärin, Liga der arabischen Staaten

Ghaleb Saad, Leiter der Sektion Wiederaufbau und Entwicklung, Hauptabteilung Palästina, Liga der arabischen Staaten

Anhang II

Mechanismen der Geberkoordination im Westjordanland und Gazastreifen



Quelle: Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)